



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 142, Feb./3 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Schweiz – CIA verlegt ihre Europa-Zentrale in die Schweiz Das verheisst nichts Gutes ...

Dienstag, 11. Februar 2025, von Freeman-Fortsetzung um 07:45



CIA verlegt Europa-Zentrale nach Bern – Warum die Schweiz?

Die US-Botschaft in Bern wird zur Koordinationszentrale der CIA für Europa ausgebaut. Offiziell schweigen sowohl die Botschaft als auch das Schweizer Aussenministerium zu diesen Plänen.

- ◆ Die CIA nutzt die Diskretion der Schweiz – schon in den 1980ern flossen Gelder für geheime US-Operationen über den Finanzplatz.
- ◆ Vertrauen die Schweizer Behörden blind? FDP-Nationalrat Dick Marty warnt: Bern könnte zum Umschlagplatz für geheime US-Operationen werden.
- ◆ Bislang wurde die CIA-Tätigkeit von Stuttgart aus koordiniert – nun also die neutrale Schweiz?

Warum wird dieses heikle Thema kaum diskutiert? Was bedeutet das für die Souveränität der Schweiz? 🤔

👉 Quelle (<https://www.blick.ch/schweiz/weil-wir-so-diskret-sind-die-cia-zieht-nach-bern-id2886.html>)

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2025/02/schweiz-cia-alarm-die-europa-zentrale.html#ixzz90iASuFWP>



Titelbild: tovovan/ Shutterstock

Ein Artikel von Bernhard Trautvetter, 09. Februar 2025 um 14:00

Im Wahlkampf werden falsche und NATO-freundliche Äusserungen nochmals zugespitzt, um die Bürger zu indoktrinieren. Mit der Überzeichnung einer «russischen Gefahr» sollen die Versäumnisse seit dem Maidan-Umsturz vergessen gemacht werden. Von Bernhard Trautvetter.

Die Lobby der NATO infiltriert seit der russischen Invasion in die Ukraine vor fast genau drei Jahren die Gehirne der Menschen und den Diskurs in der Öffentlichkeit mit der Behauptung, der demokratische Westen müsse sich mit Hochrüstung gegen die Gefahr eines russischen Überfalls auf die NATO stemmen. Mit dieser Behauptung legitimiert die NATO eine nie gekannte Hochrüstung und ihre anspruchsvolle «Modernisierung ihrer nuklearen Arsenale».

Obwohl die gesamte Daseinsvorsorge sowie die Gesundheit der Biosphäre als Lebensgrundlage der Menschheit unter dieser Politik leidet, findet die Propaganda für Spannungseskalation, Kriegstüchtigkeit, Atom- und Hochrüstung immer mehr Fürsprecher in der Öffentlichkeit.

Im Wahlkampf steigern die meisten Parteien und Sender diese Gehirnvergiftung nochmals. Ein Element davon ist das Narrativ, Russland sei so gefährlich, wie der unprovokierte imperiale Überfall auf die Ukraine beweise. Dieses Element der informationsbasierten psychologischen Kriegsführung zielt auf die eigene Bevölkerung im politischen Westen. Es übergeht den US-gestützten Pro-NATO-Umsturz im Februar 2014 in Kiew, zu dem die Ukraine-Beauftragte der US-Regierung Victoria Nuland erklärte, im Vorfeld hätten die USA fünf Milliarden US-Dollar investiert.

Mit der westlich geförderten NATO-Orientierung der Ukraine durch den Maidan-Putsch kam eine «Übergangsregierung» an die Macht, die zunächst von Jazenjuk und heute von Selensky angeführt wird. Selensky erklärte am 19. Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz wenig verklausuliert, dass die Ukraine sich die Option vorbehält, wieder in Besitz von Atomwaffen zu kommen, indem das Budapester Memorandum über die Atomwaffenfreiheit der Ukraine nicht mehr befolgt werde:

«Ich möchte glauben, dass der Nordatlantikvertrag und Artikel 5 effektiver sein werden als das Budapester Memorandum.

Die Ukraine erhielt Sicherheitsgarantien für den Verzicht auf die weltweit dritte Nuklearanlage. Wir haben diese Waffen nicht. Wir haben auch keine Sicherheit. ... Seit 2014 hat die Ukraine dreimal versucht, Konsul-

tationen mit den Garantiestaaten des Budapester Memorandums einzuberufen. Drei Versuche scheiterten. Heute wird die Ukraine den vierten Versuch unternehmen. ... Aber sowohl die Ukraine als auch ich tun dies zum letzten Mal. Ich initiiere Konsultationen im Rahmen des Budapester Memorandums. ... Wenn sie wieder nicht stattfinden oder zu keinen konkreten Entscheidungen zur Gewährleistung der Sicherheit unseres Staates führen, wird die Ukraine mit Recht glauben, dass das Budapester Memorandum nicht funktioniert und alle Beschlüsse des Pakets von 1994 in Frage gestellt wurden.»

Das generiert eine umgekehrte Kuba-Krise – durch die Stationierung nuklearer gegnerischer Arsenale nahe der Grenze des Staates, den die NATO als Gegner auserkoren hat.

Die Tatsache, dass Russland auf diese Gefahr mit einer Invasion reagiert hat, macht diese Kriegshandlungen weder legitim noch imperialistisch; die Handlungen sind von Seiten der NATO willentlich und sehenden Auges heraufbeschworen worden, und das in bewusster Ignoranz der Warnungen etwa des aktuellen CIA-Chefs William Burns, der in seinem «Nyet means nyet!»-Memo bereits im Jahr 2008 gewarnt hatte:

«Die NATO-Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, die nicht nur einen rohen Nerv in Russland berühren, sie erzeugen ernsthafte Bedenken über die Folgen für die Stabilität in der Region. Russland nimmt nicht nur die Einkreisung und die Bemühungen wahr, Russlands Einfluss in der Region zu untergraben, sondern befürchtet auch unvorhersehbare und unkontrollierte Folgen, die die russischen Sicherheitsinteressen ernsthaft beeinträchtigen würden. Experten sagen uns, dass Russland besonders besorgt ist, dass die starken Spaltungen in der Ukraine über die NATO-Mitgliedschaft, mit einem Grossteil der ethnisch-russischen Gemeinschaft gegen die Mitgliedschaft, zu einer grossen Spaltung führen könnten, die Gewalt oder schlimmstenfalls einen Bürgerkrieg beinhaltet. In diesem Fall müsste Russland entscheiden, ob es eingreift; eine Entscheidung, die Russland nicht haben will.»

Um die Wahrheit der von der NATO offensichtlich bewusst riskierten Eskalation, die auch nukleare Komponenten aufweist, zu vertuschen, überschüttet die NATO-freundliche Meinungsmache die Menschen mit einer schier ununterbrochenen Desinformationskampagne, die darauf abzielt, sie für eine brandgefährliche Strategie mit global wirkender, ökologiezerstörender Wirkung und unsozialen Auswirkungen auf Kosten der Daseinsvorsorge zu gewinnen. Man redet vom «Freiheitskampf» der Ukraine, den sie für uns alle führt.

Diese Manipulation der Menschen trägt mit dazu bei, dass auch die ökologischen Katastrophen durch die Hochrüstung forciert werden und zugleich aus der öffentlichen Aufmerksamkeit zugunsten der militärischen Themen verdrängt werden. Das gilt für die Union und Ampel-Parteien, wesentlich aktiv dabei die Bündnisgrünen. Bei der CDU klingt das noch deutlicher, was die Position der Ampel-Parteien nicht ungefährlicher macht. O-Ton CDU-Militärexperte Roderich Kiesewetter:

«Russland muss lernen zu verlieren, indem es seine kolonialen und imperialen Ansprüche aufgibt.»

Das Ausblenden der wirklichen Hintergründe des Ukraine-Krieges und die darauf aufbauenden Forderungen nach Hochrüstung wird von der NATO-Lobby genutzt, um eine Propaganda gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes zu entfalten.

Eine legitime und vernünftige Antwort auf diese Propaganda besteht darin, eine Friedensordnung einzufordern, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten, auch die Russlands, in einem Konzept eines gemeinsamen Hauses von Lissabon bis Wladiwostok respektiert, wie es Olof Palme, Willy Brandt und Michail Gorbatschow wollten. Diese Forderung entspricht der Charta von Paris, in der es heisst:

«Die beispiellose Reduzierung der Streitkräfte durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa wird – gemeinsam mit neuen Ansätzen für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses – unser Verständnis von Sicherheit in Europa verändern und unseren Beziehungen eine neue Dimension verleihen.»

Gegen diesen Ansatz einer Friedenspolitik steht seit je her die NATO-Politik der Abschreckung, ohne deren Überwindung die Gefahr eines militärischen und eines ökologischen Kontrollverlusts sowie die Atomkriegsgefahr gefährlich anwächst.

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=128394>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

7.2.2025

Der Rüstungswettkampf mit KI-Systemen birgt grosse Risiken

Die KI kann falsche militärische Ziele identifizieren und riskiert vom Feind manipuliert zu werden. Zwei KI-Expertinnen warnen. Albrecht Kieser



Mit künstlicher Intelligenz gesteuerte Waffen sollen zielgenauer sein. Die Fehlerquote ist hoch.
© digital-magazin

KI-Unternehmen balgen sich um lukrative Rüstungsaufträge. Zwei Mitarbeiterinnen des AI-Now-Institute in New York halten dies für problematisch. Das AI-Now-Institute ist eine politikwissenschaftliche Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt Künstliche Intelligenz. Es hat bereits Expertisen für das US-Handelsministerium erstellt. Heidy Khlaaf, leitende Wissenschaftlerin am Institut, und ihre CEO Sarah Myers West warnten am 27. Januar 2025 in der «New York Times», die KI im Krieg übereilt einzusetzen.

Die Big Player der KI-Branche, die um die angekündigten 500 Milliarden Dollar KI-Investitionen der Trump-Administration buhlen («Stargate»), wollen über ihren bisherigen Geschäftsrahmen hinauswachsen und suchen derzeit enge Verbindungen mit Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin oder Booz Allen.

OpenAI (ChatGPT, Microsoft) und Meta (Facebook und Co) sind mit von der Partie, aber auch das Startup Scale AI und ein anderer Jungspund, Anduril. In Zusammenarbeit mit den Rüstungskonzernen wollen sie dafür sorgen, dass das Militär Bomben, Raketen und Drohnen mithilfe von KI zielgenauer einsetzen kann. Der Ansatz ist nicht neu, schon vor Jahresfrist hatte Palentir von der Biden-Regierung einen Auftrag über 178 Millionen US-Dollar erhalten, um den «präzisen» Krieg durch den Einsatz von KI voranzubringen. Neu ist allerdings der Umfang der in Aussicht gestellten Investitionen durch Trump.

Die beiden Autorinnen warnen vor blauäugigen Hoffnungen auf «saubere» chirurgische Schläge gegen etwelche Feinde und zitieren kritische Militärs, die das ähnlich sehen. Aus mehreren Gründen: Zum einen liefern die Systeme sehr ungenaue Zielvorgaben. So fand 2021 eine unabhängige Studie eine Treffergenauigkeit KI-gesteuerter Angriffe von lediglich 25 Prozent. Das ist gleichbedeutend mit 75 Prozent «Kollateralschäden», Massakern an Zivilisten also. Die behaupteten 90 Prozent Trefferquote sei ein Märchen der Militärlobby.

Was den Einsatz von KI im Krieg zudem gefährlich macht: Die KI empfiehlt allzu oft falsche Ziele. Diese seien «halluziniert», wie die Autorinnen es nennen. Die KI liegt also nicht nur mit den empfohlenen Zielkoordinaten allzu oft daneben, sondern auch mit der Wahl der Ziele selbst. Der KI sei «blanker Unsinn» bislang nicht auszutreiben, erklären die Wissenschaftlerinnen. Wer schon häufiger ChatGPT um eine konkrete Antwort auf eine konkrete Frage gebeten hat, kann davon ein Lied singen. Bloss sind die Folgen nicht so blutig wie das, was die KI «im Feld» anrichtet.

Beide Fehlerquellen seien möglicherweise ein Grund für die grosse Zahl getöteter Zivilisten im Gaza-Krieg, meinen die Autorinnen. Denn die israelische Armee habe nach Angaben eines israelischen Investigativjournalisten die Ziele ihres Bombenkrieges mit Hilfe von KI ausgewählt.

«Auswirkungen schon jetzt sichtbar»

upg. Für die 2012 gegründete Dachorganisation «Stop Killer Robots» mit mehr als 250 Mitgliedsorganisationen, die auf ein Verbot der autonomen Kriegsführung hinarbeitet, sind die verheerenden Auswirkungen der KI-gesteuerten Waffensysteme schon jetzt sichtbar: «Berichte über den Einsatz militärischer KI-Tools durch Israel im Gazastreifen haben gezeigt, welche verheerenden und inakzeptablen Schäden entstehen können, wenn versucht wird, die Gewalt durch KI und Automatisierung zu beschleunigen.» Siehe Infosperber vom 13. Dezember 2024: «Autonome Waffen entscheiden über Leben und Tod – ohne Regulierung».

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Wenn es um gezielte Tötungen von Personen geht, sind die extrem grossen Datenmengen, die zur Zielfindung ausgewertet werden, im Wesentlichen aus individueller Gesichtserkennung und individuellen Verhaltensmustern generiert. Grundlagen sind Daten, die von Nutzern von Internet und Social Media abgegriffen werden. Dieses von KI für den Kriegseinsatz gebündelte Material macht es interessant für Hacker aller Art. Sie können Daten für eigene Zwecke absaugen. Sie können sie aber auch manipulieren und für Kriegszwecke in eine andere Richtung lenken. Solche Einfallstore, so die

Autorinnen, können nicht geschlossen werden, es sei denn, die Form der Datenaufarbeitung würde «grundlegend geändert».

Danach allerdings sieht es nicht aus. Im Gegenteil. Während unter Biden noch versucht wurde, sich diesem Problem zu nähern, hat die Trump-Administration entsprechende Regulierungsabsichten wieder zurückgefahren. Die Autorinnen setzen hier an und fordern, dass kommerziell gewonnene Daten keinen Eingang in die militärischen KI-Systeme finden.

Das Fazit der beiden Autorinnen: Die «technischen Schwächen» des aktuellen Systems würden die nationale Sicherheit eher untergraben, als ihr nützen: «Eines Tages werden wir das zutiefst bereuen.»

US-Aussenministerium plant neuen 7-Milliarden-Dollar-Waffenverkauf an Israel Dies geschieht zu einer Zeit, in der Präsident Trump über einen Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens spricht

Connor Freeman

Das Aussenministerium hat den Kongress offiziell über seine Pläne für einen massiven Waffenverkauf an Israel im Wert von über 7 Milliarden Dollar informiert, darunter Tausende von Raketen und Bomben, berichtete Associated Press am Freitag. Dies geschah nach dem Besuch von Premierminister Benjamin Netanjahu in Washington DC in dieser Woche und der Ankündigung von Donald Trump, dass die USA den Gazastreifen «besitzen» werden, nachdem er von der einheimischen palästinensischen Bevölkerung ethnisch gesäubert wurde.

Nach Angaben des Aussenministeriums wurde der Kongress über zwei separate Verkäufe im Wert von 6,75 Milliarden Dollar informiert. Der erste Verkauf umfasst 2800 500-Pfund-Bomben und 166 Bomben mit kleinem Durchmesser sowie Tausende von Steuerungssätzen, Zündern, Bombenbestandteilen und sonstiger Ausrüstung. Die Auslieferung dieser Bomben soll noch in diesem Jahr beginnen. Das andere Paket im Wert von 660 Millionen Dollar umfasst 3000 Hellfire-Raketen und die dazugehörige Ausrüstung. Die Lieferungen für diesen zweiten Waffenverkauf sollen bis 2028 erfolgen. Nach Angaben der AP werden die IDF für den Einsatz dieser Raketen eine zusätzliche Ausbildung durch das US-Militär erhalten müssen.

Beamte der Regierung von Joe Biden haben den Kongress im vergangenen Monat informell über den Verkauf informiert. Damals hiess es, dass einige der Waffen aus den aktuellen Beständen des Pentagons geliefert werden könnten, die meisten Waffen jedoch mindestens ein Jahr, wahrscheinlich sogar mehrere Jahre, bis zur Auslieferung benötigen würden.

Dies geschieht zu einer Zeit, in der die brüchige Waffenruhe im Gazastreifen immer noch anhält, obwohl die IDF seit ihrer Einführung Dutzende von Palästinensern im Gazastreifen getötet haben und es auf beiden Seiten zu Geiselnahmen gekommen ist. Israelische Beamte weisen darauf hin, dass die verstärkte Militärhilfe und die Waffenverkäufe Netanjahu dazu zwingen sollen, die Waffenstillstandsvereinbarung nach der derzeitigen 42-tägigen Waffenruhe auch in ihrer zweiten und dritten Phase durchzuhalten. Im vergangenen Monat gab Trump eine Lieferung von 2000-Pfund-Bomben frei, die die vorherige Regierung wegen eines Streits über die israelische Invasion in Rafah im vergangenen Jahr gestoppt hatte.

Anfang dieser Woche bat Trump die führenden Politiker im Kongress, einen weiteren Waffentransfer im Wert von 1 Milliarde Dollar zu genehmigen, der mit US-Militärhilfe finanziert wird und 4700 1000-Pfund-Bomben im Wert von über 700 Millionen Dollar sowie gepanzerte Planierdraht im Wert von 300 Millionen Dollar umfasst. Die Bulldozer sind berüchtigt für gewaltsame Überfälle und Hauszerstörungen im besetzten Westjordanland.

Die Nachricht von den zusätzlichen Waffenverkäufen kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Trump über seinen Plan spricht, den Gazastreifen ethnisch zu säubern, bevor die USA den Streifen übernehmen und dort ein riesiges Immobilienentwicklungsprojekt beginnen. Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz wies die IDF an, sich auf den «freiwilligen Abzug» der Palästinenser aus dem Gazastreifen gemäss Trumps Plan vorzubereiten. Er sagte, die Palästinenser sollten in westliche Länder wie Irland, Norwegen und Spanien geschickt werden, die den Staat Palästina anerkannt haben und Tel Avivs völkermörderischen Angriffen sehr kritisch gegenüberstehen.

Ursprünglich hatte Trump darauf bestanden, dass die fast 2 Millionen Palästinenser, die im Gazastreifen leben, nach Ägypten und Jordanien geschickt werden könnten, aber dieser Vorschlag wurde von Kairo und Amman ebenso wie von den Palästinensern selbst scharf abgelehnt.

Um diesen Plan der Zwangsumsiedlung umsetzen zu können, müssen die Israelis ihren Völkermord im Gazastreifen wieder aufnehmen, wo laut einer kürzlich in der britischen medizinischen Fachzeitschrift «The Lancet» veröffentlichten Studie etwa 70'000 Menschen durch israelische Militäraktionen getötet wurden.

Zahlreiche amerikanische Ärzte, Krankenschwestern und Chirurgen, die zusammen Hunderte von Wochen als Freiwillige in Gaza verbracht haben, schrieben im vergangenen Herbst in einem offenen Brief an das Weisse Haus, dass infolge der von den USA unterstützten Belagerung und der konsequenten Blockade lebenswichtiger humanitärer Hilfe durch Israel weitere Zehntausende Palästinenser verhungert sind.

erschienen am 8. Februar 2025 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_02_09_aussenministeriumplant.htm

Feindliche Übernahme von Kanada

Eric Margolis

Die Kanadier gehören zu den ruhigsten, höflichsten und liebenswürdigsten Menschen der Welt. Nach meiner Erfahrung sind sie auch friedlich, ehrlich und bescheiden. Man sieht sie nie wütend - ausser jetzt.

Donald Trump hat mit seinen absurden, grössenwahnsinnigen Ansprüchen auf Grönland, Kanada, Panama und jetzt Gaza geschafft, was sonst niemand geschafft hat. Er hat dafür gesorgt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika in ganz Kanada verhasst sind, sogar im normalerweise pro-amerikanischen Alberta.

Trump hat die Aussenpolitik auf dieselbe Weise betrachtet wie die Anmietung von Ladenlokalen: Als eine einfache, unkomplizierte Geschäftsfunktion, wie die Anmietung von Immobilien in New York City. Die Wut über seine Mussolini-ähnlichen Ansprüche auf kanadisches Land wird irgendwann abklingen, aber der Schaden ist bereits angerichtet.

Was der frischgebackene Präsident nicht versteht, ist, dass das, was das amerikanische Imperium zusammenhält, der Handel und der Zugang zum riesigen US-Markt ist. Japan und Deutschland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg dank Amerikas kluger, grosszügiger Handelspolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wiederaufgebaut.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als hervorragende japanische Elektronik und überlegene deutsche Autos auf dem amerikanischen und dann auf dem europäischen Markt auftauchten. Alle haben von diesem neuen Handel profitiert. Nach dem Krieg wurden Japan und Deutschland dank ihres Zugangs zum amerikanischen Markt wiederaufgebaut. Beschwerden über Handelsungleichgewichte und deutsche oder japanische Überschüsse wurden als unerlässlich für den Aufbau starker Verbündeter abgetan, die ein Bollwerk gegen den sowjetischen Expansionismus abgeben sollten.

Tatsächlich wurde der Beitritt zu Amerikas «grösserer Co-Wohlstandssphäre» als grosser Vorteil für das vom Krieg zerrüttete Europa und Asien angesehen. Handelsungleichgewichte mit den neuen Verbündeten wurden in Washington genauso gesehen wie im kaiserlichen Grossbritannien im 19. Der Zugang zum riesigen amerikanischen Markt wird heute als der Kitt angesehen, der das Empire zusammenhält.

Die Kanadier würden gerne niedrigere US-Steuern zahlen und von dem viel besseren amerikanischen Gesundheitssystem profitieren. Eine grosse Zahl von Kanadiern lebt bereits im sonnigen Florida. In Miami gibt es sogar eine französischsprachige Zeitung für Quebecer, die vor dem strengen kanadischen Winter fliehen. Die Kanadier lieben Florida, aber das gute alte Kanada lieben sie noch mehr. Vielleicht wäre Trump, der Baumeister, bereit, Florida gegen das ölreiche Alberta in Kanada einzutauschen?

Im Ernst: Die meisten Amerikaner verstehen nicht, wie zerbrechlich Kanada als Nation ist. Das Territorium Kanadas ist riesig, sogar grösser als das der USA, obwohl ein Grossteil davon in extremer Kälte liegt. Kanadier an der Westküste mit starken Verbindungen zu Asien haben nicht viel mit französischsprachigen Quebecern oder Fischern an der Küste gemein. Einer der grössten borealen Wälder der Welt erstreckt sich von Kanadas Osten bis hinauf in den wunderschönen pazifischen Nordwesten.

Kanada war schon immer eine Ansammlung von nach innen gerichteten Regionen. Seine 40,1 Millionen Einwohner haben oft wenig gemeinsam. Die Ostküstenbewohner ärgern sich über den Westen; der Westen blickt auf Ostkanada herab. In der führenden Provinz Ontario sind Hindi und Kantonesisch die am dritthäufigsten gesprochenen Sprachen. Seltsame religiöse Sekten tummeln sich im Westen.

Im Laufe seiner Geschichte wurde Kanada von den viel mächtigeren Vereinigten Staaten von Amerika überschattet und manchmal auch bedroht. Seine lockere, liberale Art hat die rechtsgerichteten Republikaner empört. Man erinnere sich an den ehemaligen US-Präsidenten Lyndon Johnson, der einen kanadischen Premierminister abholte und ihn beschimpfte. Belgien wird oft von Frankreich schikaniert, das die Belgier unhöflich als «les petits Belges» bezeichnet.

Trumps Drohungen gegen Kanada haben einen der wichtigsten militärischen und handelspolitischen Verbündeten der USA empört. Und zu welchem Zweck? Damit Trump sich mächtig und männlich fühlt.

Erinnern Sie sich, als Kanzler Adolf Hitler den «Anschluss» an das benachbarte Österreich verkündete? Viele Österreicher waren damals hocheifrig, im Gegensatz zu den heutigen nicht gerade glücklichen Kanadiern.

erschienen am 8. Februar 2025 auf> Eric Margolis' Website

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_02_08_feindlicheuebernahme.htm

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

8.02.2025



Libellen wachsen im Wasser auf, weltweit gibt es mehr als 6400 Arten. 16 Prozent von ihnen sind gefährdet. © Pxhere

Alarmierender Schwund der Süsswasser-Arten

Jede vierte Tierart in Seen, Bächen und Flüssen ist vom Aussterben bedroht. Forschende warnen vor einem massiven Artensterben.

Daniela Gschweng

Wer an Biodiversität und Artensterben im Wasser denkt, denkt oft zuerst an überfischte Ozeane. Oder generell an Fische. Dabei sind Tiere wie Süsswasserkrebse und Libellen stärker bedroht, das zeigt eine aktuelle Datenanalyse.

Süswasser beherbergt zehn Prozent aller bekannten Tierarten, obwohl weniger als ein Prozent der Erdoberfläche damit bedeckt sind. Ein Viertel aller Libellen, Krebse und viele wasserabhängige Insekten könnten jedoch bald aussterben. Das zeigt eine Studie der Weltnaturschutzunion (IUCN) zur Aktualisierung der Roten Liste, die erstmals detailliert die Bedrohung von Süswassertieren darlegt.

Artenvielfalt im Süswasser ist massiv bedroht

Fast ein Viertel aller Süswasserlebewesen weltweit ist demnach vom Aussterben bedroht. Für die im Fachmagazin «Nature» veröffentlichte Arbeit wertete eine internationale Forschungsgruppe die Daten von mehr als 23'500 Arten aus.

Besonders gefährdet sind Zehnfusskrebse, zu denen Krabben, Krebse und Garnelen gehören. 30 Prozent dieser Spezies stehen vor dem Aussterben. Ebenso betroffen sind 26 Prozent der Süswasserfische sowie 16 Prozent der Libellen und Libellenfliegen. Möglicherweise ist die Zahl sogar noch grösser. Für fast ein Viertel (23 Prozent) der untersuchten Arten fehlten zuverlässige Daten.

Die Forschenden warnen vor einem massiven Verlust in der Süswassertierwelt. Seit dem Jahr 1500 sind laut IUCN bereits 89 Arten sicher und 178 Arten vermutlich ausgestorben, die meisten waren zuvor in den USA und Mexiko heimisch. Elf Arten existieren nur noch in Gefangenschaft.

Die Ursachen für die desolate Lage sind vielfältig und überlagern sich: Die grösste Bedrohung für Wasserlebewesen ist Wasserverschmutzung. Sie betrifft mehr als die Hälfte aller Arten. Staudämme und Wasserentnahme aus Binnengewässern sowie veränderte Landnutzung schränken den Lebensraum der Süswasserspezies zusätzlich ein. Invasive Arten und Krankheiten bedrohen 28 Prozent der Tiere.

Schutzkriterien für Landtiere sind unzureichend

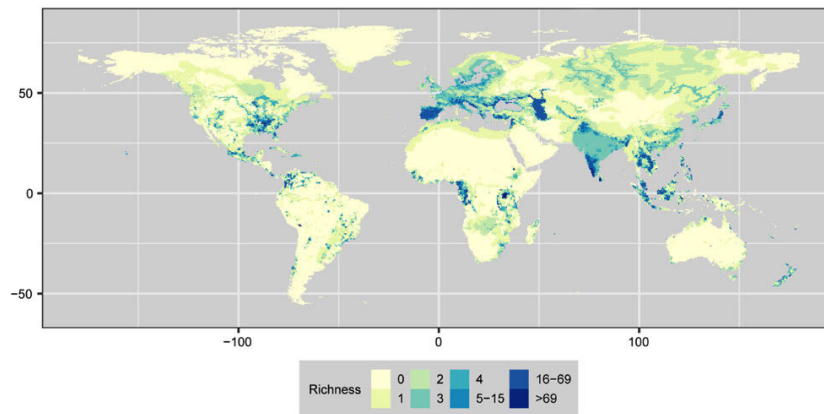
Gemäss einem Bericht der EU-Kommission sind Europas Gewässer in einem schlechten ökologischen und chemischen Zustand. Hauptsächlich wegen der Verschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft.

Solche Wasseranalysen sind aber gleichzeitig auch das Problem: Das Wohlergehen von Wasserlebewesen werde zu oft ausschliesslich an der Wasserqualität festgemacht, kritisiert das Team um die IUCN-Hauptautorin Catherine Sayer aus dem britischen Cambridge.

Schutzmassnahmen, die sich ausschliesslich auf die Wasserqualität konzentrierten, griffen zu kurz. «Das kann zu suboptimalen oder sogar schädlichen Ergebnissen führen und sollte deshalb neu bewertet werden», schreiben die Forschenden. Dasselbe gelte für Schutzgebiete für Landtiere. Oft gliederten diese den Lebensraum Wasser und seine Lebewesen lediglich in das Landschaftsgebiet ein. Dabei würden auch dessen Umwelt- und Schutzkriterien übernommen, Schutzbemühungen, die sich an Landtieren orientieren, seien aber oft unzureichend.

Die Schutzstrategien müssten dringend überarbeitet werden, um das Süsswasser-Ökosystem nachhaltig zu erhalten, mahnen die Forschenden. Dazu gehöre es auch, die Datenbasis zu verbessern.

Besonders hoch ist die Anzahl der gefährdeten Arten an Diversitäts-Hotspots wie dem afrikanischen Viktoriasee (dunkler gefärbt). Aber auch in Europa sieht es für die Artenvielfalt in Flüssen, Seen und Bächen schlecht aus. © Sayer et al./Nature CC-BY 4.0



Besonders hoch ist der Anteil gefährdeter Arten in Biodiversitäts-Hotspots wie dem Viktoriasee, dem Titicacasee, den Ghat-Feuchtgebieten in Indien sowie auf den Azoren. Gut sieht es aber auch in europäischen Ländern wie Spanien und der Schweiz nicht aus.

Gewässer in der Schweiz «mangelhaft»

Der Gewässerlebensraum Schweiz gehört laut Biodiversitätsbericht 2023 zu den am stärksten gefährdeten im Land. Die Qualität von 30 bis 40 Prozent der Schweizer Fliessgewässer wird wegen geringer Artenvielfalt als «mangelhaft» eingestuft. 58 Prozent der Fischarten in der Schweiz stehen auf der Roten Liste (WWF 2021), dazu sind 15 Amphibienarten gefährdet.

Leben wird dich töten

Todd Hayen, Februar 7, 2025



Pexels

Wird es das? Ich glaube nicht. Aber das scheint ein Grundprinzip der Weltanschauung der Schafe zu sein. Interessanterweise fürchten die Schafe die meisten Dinge, die eher harmlos sind, aber nicht die Dinge, die sie höchstwahrscheinlich töten werden, wie Chemtrails, Fluorid, Impfstoffe und 5G (hier nur einige von vielen aufgelistet).

Warum ist das so?

Ich sage in diesen Tagen zu sehr vielen Dingen «Warum ist das so?» Aber das hier ist sozusagen die Spitze des Haufens. Es geht Hand in Hand mit einer Menge ähnlicher Dinge. Warum zum Beispiel hasst jeder Trump mit Leidenschaft, aber liebt Joe Biden und Kamala Harris?

Ich kann verstehen, warum einige Leute Dinge an Trump nicht mögen (ich weiss, dass ich das lange Zeit getan habe) – sein Haar, seine Stimme, sein finsterner Blick, seine Lippen, seine «Arschlochhaftigkeit», sein Narzissmus usw. Einige haben sogar recht, wenn sie seine Kratzbürstigkeit im Umgang mit Frauen, seine fremdenfeindliche Reaktion auf Einwanderer oder seine alberne Absurdität in Bezug auf Themen wie den Kauf von Grönland oder die Ernennung Kanadas zum 51. Staat anführen.

Aber die meisten dieser Dinge sind Persönlichkeitsprobleme und nicht seine angebliche Unfähigkeit, vernünftige Entscheidungen in Bezug auf die Nation und die Menschen in ihr zu treffen (Kanada wäre ja schön). Sicher, wir können alle eine Meinung dazu haben, wie ein Land am besten geführt werden sollte, aber seinen Führer hassen?

Und wenn ich «hassen» sage, dann meine ich HAAAATE – eine Tiefe des Hasses, die alles Rationale übersteigt.

Gleichzeitig LIEBEN diese Leute Kamala Harris und LIEBEN Joe Biden. Weshalb? Unheimliche Persönlichkeitsmerkmale? Züge, die manchmal sogar noch unsympathischer sind als die von Trump? Und sicherlich gibt es Gründe, ihre Politik zutiefst zu verabscheuen, wie Milliarden von Dollar in einen korrupten Krieg zu stecken, die Verstümmelung von Kindern zu befürworten oder die Grenzen für nicht überprüfte Kriminelle zu öffnen.

Gibt es nicht genug, was man nicht mag? Oder gar zu hassen? Nö. Ich denke nicht.

Diese seltsame Dichotomie sehen wir heutzutage bei vielen Dingen. Es ergibt einfach keinen vernünftigen Sinn, zum Beispiel alle Impfstoffe zu befürworten, sich aber davor zu fürchten, eine Handvoll Erdnüsse zu essen, weil sie tödliches Fett enthalten. Wie viele Dinge werden uns täglich gesagt, die wir meiden sollen, weil sie uns wahrscheinlich umbringen werden? Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie uns umbringen, statistisch gesehen geringer als eine Fahrt zum Lebensmittelgeschäft.

Wir sehen das vorwiegend bei Dingen, die wir unserem Körper zuführen, wie Lebensmittel oder Medikamente. Aber wir sehen es auch an anderen Stellen. Warum ist es unter anderem vollkommen sicher, den ganzen Tag auf ein Handy zu starren, aber nicht sicher, ohne Sonnenschutz in der Sonne spazieren zu gehen? Oder dass es für Ihr Kind völlig in Ordnung ist, bis zum Überdruß Videospiele zu spielen, es aber gefährlich ist, mit dem Fahrrad an der frischen Luft zu fahren und mit seinen Freunden Streethockey zu spielen?

Viele Menschen scheinen die wahre Definition von Gesundheit verloren zu haben – die nicht, wie sie zu glauben scheinen, «jedes Risiko vermeiden» bedeutet. Würden sie wirklich «alle Risiken» vermeiden, würden sie keine Cheeseburger essen oder ihrem Körper ungetestete, giftige Substanzen zuführen. Bei der Gesundheit geht es nicht nur darum, Risiken zu vermeiden, sondern auch darum, einen gesunden Charakter aufzubauen, den Geist zu erweitern und ein emotionales System zu pflegen, das widerstandsfähig, robust, dauerhaft und anständig ist. Was ist daraus geworden?

Und noch einmal: Selbst, wenn die Menschen dies «verstehen» würden, wäre es für sie immer noch sinnvoll, die ernsthaft riskanten Elemente des Lebens zu vermeiden, wie z. B. sich Medikamente in den Körper zu pumpen, über die sie wenig wissen, oder den ganzen Tag auf einen Technikbildschirm zu starren, oder einen Weltkrieg zu unterstützen, und verschiedene andere offensichtlich riskante Verhaltensweisen und Handlungen.

Aber genau das ist das Problem, nicht wahr? Die Menschen können nicht mehr unterscheiden, was wirklich gefährlich ist und was nicht. Viele dieser Dinge, die ich hier beschreibe, sind nicht nur nicht gefährlich, sondern auch die gesündere Wahl. Und ja, einige Dinge, die gut für Sie sind oder die bessere Wahl darstellen, sind tatsächlich riskant. Aber diese Art von Risiko ist gesund. Ich glaube, die Menschen glauben, dass jedes Risiko zu vermeiden ist, und gleichzeitig lassen sie sich auf hochriskante und äusserst gefährliche Dinge ein.

Stellen Sie sich das vor.

Natürlich sind die Antworten auf meine Fragen leicht zu finden. Aber einfach sind sie nicht. Die einfache Antwort ist, dass die Agenda uns unbedingt dazu erziehen will, auf bestimmte Dinge auf eine bestimmte Weise zu reagieren, egal wie unlogisch diese Reaktion sein mag. Sie ist auch darauf aus, uns zu zitternden kleinen Wackelpuddingmassen zu machen, wenn es darum geht, mit dem Leben im Allgemeinen umzugehen. Gibt es einen besseren Weg, um uns gefügig gegenüber der Autorität zu machen? Sie werden uns dazu bringen, unseren eigenen Schatten zu fürchten, damit sie uns eine Lösung anbieten können, wie wir unseren Schatten loswerden können.

Sie werden uns nicht trainieren, den Schatten nicht zu fürchten, denn das würde uns etwas Wertvolles geben, sondern sie werden uns trainieren, fast alles zu fürchten, damit sie die totale Kontrolle über unser Leben behalten.

Ich sage, dass es nicht einfach ist, weil dieses Training sehr komplex ist. Einiges davon kann natürlich auch nur die Entwicklung einer Kultur sein, die darauf versessen ist, das Leben einfach, bequem und faul zu

machen. Die Agenda hat vielleicht nur diesen natürlichen menschlichen Zwang aufgegriffen und nutzt ihn zu ihrem Vorteil. Es ist interessant festzustellen, dass die meisten Menschen «da oben» in der Kategorie der «Elite» grosse persönliche Risiken eingehen.

Sie sind Macher, Gestalter und Beweger. Sie fliegen in ihren Multimillionen-Dollar-Jets um die Welt, sie setzen sich in fremden Ländern, die sich im Krieg befinden, Gefahren aus, sie spielen hart auf Skipisten und fahren schnelle Autos. Sie sind risikofreudig. Sie wissen, welche Vorteile es hat, das Leben in vollen Zügen zu geniessen. Sie wollen, dass der Rest von uns in der Ecke hockt und sie anfleht, uns zu beschützen. Und wenn Sie ein Hundebesitzer sind, vergessen Sie es!

Es wundert mich, dass die rund 90 Millionen Haushunde in den USA bisher nicht alle tot sind, denn etwas steht schon in den Startlöchern, um dafür zu sorgen. Zecken wüten in unseren Parks und Wäldern, Weintrauben liegen auf dem Küchenboden und warten darauf, von futterbesessenen Hunden verschlungen zu werden – Avocados, Schokolade, Orangen, Käse und so ziemlich jeder andere leckere Snack, von dem ein Hund nur träumen kann – alles tödlich. Aber niemand kümmert sich darum, wie viel von diesen Giften ein Hund zu sich nehmen muss, bevor die Todesglocke ertönt.

In der Regel ist es eine ganze Menge. Und die Dinge, die sofort tödlich sind (wie angeblich Weintrauben), sind wahrscheinlich nur deshalb tödlich, weil das arme Tier sein ganzes Leben lang geimpft wird. Und sind Hundebesitzer darüber besorgt? Nö. Nicht im Geringsten. Warum interessiert sich die Agenda für Hunde? Wer weiss das schon? Es ist nur ein weiterer Weg, um uns zu ärgern.

Ich nehme an, all diese harmlosen Gefahren werden uns zur Ablenkung in den Hals gestopft. Dinge, vor denen wir gewarnt werden, um zu beweisen, dass Mama und Papa tatsächlich unser Bestes im Sinn haben, während die wahren Gefahren immer noch im Schatten lauern. Zur Hölle, sie lauern nicht im Schatten, sondern sind offen sichtbar. Und viele von uns stolpern weiterhin durch das, was uns durch eine Gehirnwäsche als risikoreiches Leben vorgegaukelt wurde – vollkommen blind für die wirklichen Risiken, mit weit geöffneten Augen.

Todd Hayen PhD ist ein registrierter Psychotherapeut, der in Toronto, Ontario, Kanada, praktiziert. Er hat einen Dokortitel in Tiefenpsychotherapie und einen MA in Bewusstseinsstudien. Er ist spezialisiert auf Jungsche, archetypische Psychologie. Todd schreibt auch für sein eigenes Substack, das Sie hier lesen können.

Quelle: Living Will Kill You

Quelle: <https://uncutnews.ch/leben-wird-dich-toeten/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

17.02.2025



Warum fressen Wale so viel Plastik? Womöglich, weil es sich anhört wie schmackhafte Beute.

© Depositphotos

Gefährlicher Irrtum: Für Wale klingt Plastik wie Futter

**In der Tiefsee orientieren sich Wale und Delfine durch Schall –
und werden so Opfer von Plastikmüll.**

Daniela Gschwend

Immer wieder stranden Meeressäuger mit grossen Mengen Abfall im Magen. Bisher vermutete man, dass Fische Plastik verschlucken, weil es für sie aussieht wie Beute. Eine neue Untersuchung legt nahe, dass Wale und Delfine sich nicht im Aussehen irren. Die akustische Signatur von Plastikbeuteln und Ähnlichem täuscht ihnen Beutetiere vor.

Tief tauchende Wale, die mit Sonar jagen, können Plastikmüll im Ozean demnach akustisch kaum von ihrer natürlichen Beute wie Tintenfischen unterscheiden. Ein Plastiksack klingt für einen Wal ähnlich wie ein Kalmar, fanden Forschende, die die Schallsignaturen verschiedener Gegenstände ermittelten. Zu den Zahnwalen gehören Pottwale, Narwale, Schnabelwale, Schweinswale und vor allem Delfine.

Fische und Meeressäuger gehören zu den lautesten Tieren der Welt

Viele davon jagen in der Tiefsee. Zu der Verwechslung kommt es aufgrund ihrer Lebensumstände: Unter Wasser wird es mit zunehmender Tiefe schnell dunkel. Spätestens ab 60 Metern Tiefe kommt auch bei klarem Wasser kein Licht mehr durch. Schall pflanzt sich dafür viermal so schnell fort wie in der Luft. Viele Fische und Meeressäuger sind deshalb Meister der Töne.

Wale und Delfine können nicht nur sehr viele verschiedene Töne äussern, sie hören auch ausgezeichnet. Zahnwale senden und empfangen Töne zwischen 100 und 200'000 Hertz – weit ausserhalb des Spektrums, das Menschen noch wahrnehmen können. Und sie können auf lange Strecken kommunizieren. Laut. Fische und Meeressäuger gehören zu den lautesten Tieren der Welt. Der Ton eines Pottwals kann so laut sein, dass er einen Menschen töten kann.

Wale orientieren sich im Dunkeln durch Sonar. Das heisst, sie stossen einen Ton aus und «messen» das Echo. Diese Technik nutzen sie seit Jahrmillionen zur Jagd. Plastik war in ihrer Evolution bis vor Kurzem nicht vorgesehen. Nun werden sie Opfer von Umweltverschmutzung.

Für ihren Vergleich sammelten die Forschenden der Duke University Plastikabfall an den Küsten von North Carolina ein. Darunter Folien, Plastiktüten, -kanister, und -flaschen oder Reste von Bojen wie sie in den Mägen von Walen gefunden werden. Deren Echoprofil verglichen sie mit dem Profil von toten Kalmaren sowie Beuteteilen aus den Mägen von Walen.

Akustisches Signal von Plastik stärker als von Beutetieren

Die akustische Signatur von Plastiksäcken, Seilen und Flaschen stimme fast vollständig mit der von Beutetieren wie Tintenfischen überein, schreiben sie in der im «Marine Pollution Bulletin» veröffentlichten Arbeit. Die meisten Signale waren sogar stärker ausgeprägt. Eine Studie von 2024 war zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

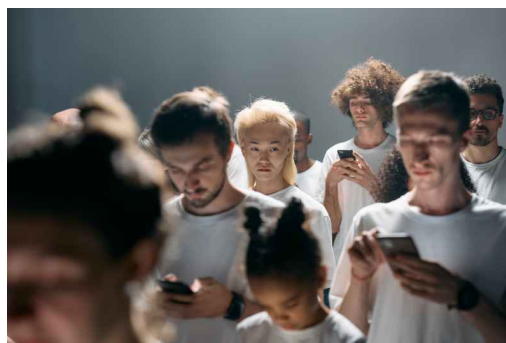
Das erklärt, warum Plastik für viele Wale anscheinend unwiderstehlich ist. Was den Tieren als besonders schmackhafter Tintenfisch erscheint, wäre dann in Wirklichkeit ein Stück Plastikfolie oder ein weggeworfener Luftballon. Ein Seil «hörte» sich an wie ein Tentakel.

Was Wale und Delfine in Folge fressen, ist weniger appetitlich. Unter den untersuchten Materialien fand sich HDPE (High Density Polyethylen), PET (Polyethylenterephthalat), Styropor (Polystyrol, PS), Latex-Kautschuk und Nylon (Polyamid).

Die Forschenden betonen, dass Plastikverschmutzung eine wachsende Bedrohung für Meeressäuger darstellt. Plastikteile können bei ihnen zu Gewebeschäden führen, Infektionen auslösen sowie Fortpflanzung und Wachstum der Tiere beeinflussen. Sie können zum Ersticken führen und den Magen verstopfen. Das Tier verhungert oder stirbt an Infektionen.

Generation Z ist laut einer neuen Umfrage bereit, eine Diktatur zu akzeptieren: Wie Berichte über Demokratieskepsis eine neue Ordnung legitimieren

uncut-news.ch, Februar 7, 2025



Pexels

Es sind die jungen Erwachsenen, die bereitwillig die Technokratie der Demokratie oder anderen Formen der repräsentativen Regierung vorziehen werden. Im Falle Grossbritanniens sind die Bürger von politischer Korruption, Kriminalität, einem versagenden Rechtssystem und Multikulturalismus geplagt worden. Das Problem ist das Vertrauen: Die Generation Z «akzeptiert Radikalismus und Autoritarismus inmitten einer «wachsenden Unsicherheit» darüber, wem man vertrauen kann». Grossbritannien ist weltweit führend beim gesellschaftlichen Zusammenbruch, und wir sehen die gleichen Symptome in Amerika.
Patrick Wood, Herausgeber.

Aktuelle Umfragen, wie die von Channel 4 in Auftrag gegebene Studie «Gen Z: Trends, Truth and Trust», zeigen, dass 52% der britischen Generation Z (13 bis 27 Jahre) der Meinung sind, das Vereinigte Königreich wäre besser dran mit einem starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss. Zudem befürworten 33% eine Militärherrschaft. Solche Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass bestimmte Medienberichte und Umfragen dazu beitragen, die Gesellschaft schrittweise in Richtung einer technokratischen Kontrolle zu lenken. Durch die Betonung von Unzufriedenheit mit demokratischen Prozessen und die Darstellung autoritärer Modelle als mögliche Lösungen könnten diese Publikationen die Akzeptanz für technokratische oder autoritäre Regierungsformen erhöhen. Dies könnte Teil einer Strategie sein, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Gesellschaft auf tiefgreifende politische Veränderungen vorzubereiten. Es ist wichtig, solche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und die Rolle der Medien bei der Formung gesellschaftlicher Einstellungen genau zu analysieren, um eine unbeabsichtigte Förderung autoritärer Tendenzen zu vermeiden.

Gen Z ist «bereit, eine Diktatur in Grossbritannien zu akzeptieren», nachdem das Vertrauen in die Demokratie verloren gegangen ist.

Die Generation Z ist laut einer neuen Umfrage bereit, eine Diktatur in Grossbritannien zu akzeptieren. Ob Brexit, Sparmassnahmen unter den Tories oder die Klimakatastrophe dafür verantwortlich sind – eines ist klar: Die junge Generation verliert das Vertrauen in das demokratische System.

Untersuchungen von Channel 4 zeigen, dass diese Generation angesichts einer «wachsenden Unsicherheit» darüber, wem sie vertrauen kann, zunehmend Radikalismus und Autoritarismus akzeptiert.

Mehr als die Hälfte der 13- bis 27-Jährigen gab laut «The Times» an, sie glaubten, «das Vereinigte Königreich wäre ein besserer Ort, wenn ein starker Führer an der Macht wäre, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern müsste».

Ein Drittel stimmt zu, dass das Land besser dran wäre, «wenn das Militär die Kontrolle hätte».

Fast die Hälfte ist überzeugt, dass «die gesamte Art, wie unsere Gesellschaft organisiert ist, durch eine Revolution radikal verändert werden muss».

Im Vergleich dazu vertreten nur 33% der 45- bis 65-Jährigen diese Ansicht. Die besorgniserregenden Ergebnisse basieren auf einer Stichprobe von 3000 Erwachsenen aller Altersgruppen.

Eine separate Umfrage zeigt ausserdem, dass Gen Z eine stark polarisierte Sicht auf Frauenrechte hat.

Fast die Hälfte – 45% – der männlichen Befragten im Alter von 13 bis 27 Jahren glaubt, dass «die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen so weit gegangen ist, dass Männer nun diskriminiert werden».

Ein ähnlicher Anteil stimmte der Aussage zu, dass «die Gleichstellung der Frauen mittlerweile weit genug gegangen ist».

Die gleiche Prozentzahl gab an, den selbsternannten «Frauenfeind» Andrew Tate und den rechtsgerichteten Internet-Prominenten Jordan Peterson als vertrauenswürdig zu betrachten.

Ein 25-jähriger Mann aus Penryn, Cornwall, sagte den Meinungsforschern, er fühle sich «ins Visier genommen», weil er ein «ganz normaler heterosexueller weisser Mann» sei, der in der Vergangenheit kulturelle Vorteile gehabt habe.

Er sagte: «Das Pendel schwingt in die andere Richtung, bis zu dem Punkt, an dem wir möglicherweise Gefahr laufen, zu unseren Ungunsten diskriminiert zu werden, zugunsten von Menschen aus Minderheitengruppen.»

Alex Mahon, Geschäftsführerin von Channel 4, sagte, die Ergebnisse «sollten uns alle beunruhigen».

Sie beschrieb die Generation Z als gleichzeitig die autoritärste und liberalste Generation des Landes und fügte hinzu: «Sie sind medienerfahren, vernetzt und klug, wurden jedoch von Geburt an der vollen Wucht der polarisierenden, verwirrenden und manchmal bewusst manipulativen Informationen ausgesetzt.»

«Gen Z gestaltet ihr eigenes Verständnis von «der Wahrheit». Für viele verschärft dies gesellschaftliche Spannungen und untergräbt den Wert der Demokratie.»

Quelle: Gen Z 'ready to embrace dictatorship in Britain after losing trust in democracy'

Quelle: <https://uncutnews.ch/generation-z-ist-laut-einer-neuen-umfrage-bereit-eine-diktatur-zu-akzeptieren-wie-berichte-ueber-demokratieskepsis-eine-neue-ordnung-legitimieren/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

10.02.2025



Dieses unscharfe Foto soll einen nordkoreanischen Soldaten in Kursk zeigen.
 Legende von «Watson»: «Nordkorea hat offenbar keine Anfänger
 zum Kämpfen nach Russland geschickt.»
 © Office of the President of Ukraine

Die 11'000 Soldaten Nordkoreas sind von der Front verschwunden

**Die Empörung über die nordkoreanischen Söldner war gross.
 Unabhängige Informationen über deren Aktivitäten gibt es keine.**

Urs P. Gasche

Vor wenigen Tagen meldeten verschiedene Medien:

«Seit Mitte Januar sind die in der russischen Region Kursk stationierten nordkoreanischen Truppen offenbar nicht mehr in Kampfhandlungen verwickelt, teilte der südkoreanische Geheimdienst NIS am 4. Februar mit. Ein Grund könnten demnach die hohen Verluste auf Seiten der Nordkoreaner sein, hiess es weiter.»

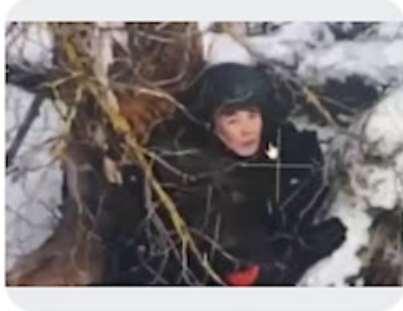
Nach Angaben von Regierungs- und Geheimdienstquellen aus Südkorea, der Ukraine und den USA hat Nordkorea seit dem vergangenen Oktober rund 11'000 Soldaten in der Region Kursk stationiert. Sie würden an vorderster Front kämpfen und von Russland als Kanonenfutter missbraucht, um Gebiete zurückzuerobern, welche die Ukraine in Russland besetzt hat. «Watson» titelte noch am 16. Januar: «In Kursk verheizt der Kreml nordkoreanische Soldaten ohne Rücksicht auf Verluste. Die Ukrainer fürchten inzwischen die Kämpfer aus Fernost.»

Das ZDF zitierte einen anonymen Mann, der in Nordkorea für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet haben soll und jetzt in Südkorea lebe. Er warnte davor, Pjöngjangs Söldnerarmee im Dienste Russlands zu unterschätzen.

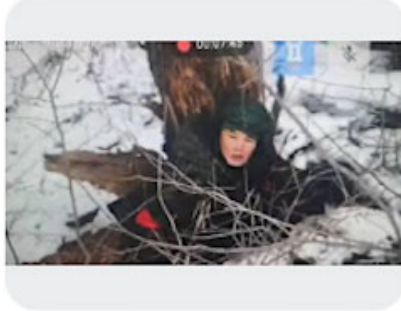
Diese Informationen konnten zutreffen oder auch nicht. Handfeste Beweise wurden keine vorgelegt. Medien konnten diese Informationen nicht überprüfen. Es sind keine westlichen Journalisten oder NGOs vor Ort. Trotzdem verbreiteten viele Medien alle diese Informationen von «ukrainischen und amerikanischen Geheimdiensten» oder «US-Regierungsvertretern» als Tatsachen, ohne darauf hinzuweisen, dass die Angaben nicht unabhängig überprüft werden konnten.

Über Ungereimtheiten informierten die wenigsten Medien: 2024 hat das ukrainische Militär in der Region Kursk nach eigenen Angaben mehr als 700 russische Soldaten in Kriegsgefangenschaft genommen. Bis heute jedoch höchstens eine Handvoll Nordkoreaner. Das ist erstaunlich, falls Tausende Nordkoreaner an vorderster Front kämpften und mindestens 2000 von ihnen umgekommen und noch mehr verletzt worden sind.

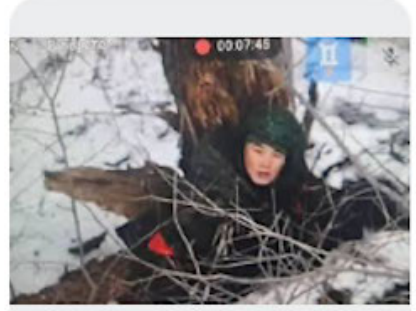
«Watson» von «CH-Media» verbreitete Mitte Januar wie viele andere Medien eine unscharfe Aufnahme, die vom Office of the President of Ukraine verbreitet wurde. Sie soll einen nordkoreanischen Soldaten an der Front in Kursk zeigen.



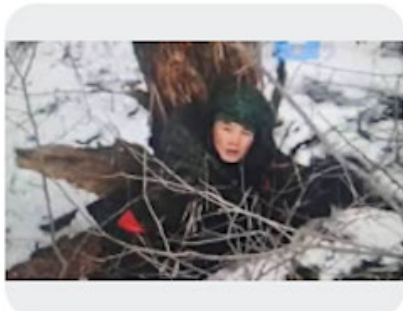
The Independent
soldiers - latest news, breaking stories and comment - The...
[Genauere Übereinstimmung...](#) >



Blick
Kims Soldaten betrinken sich an der Front - Blick



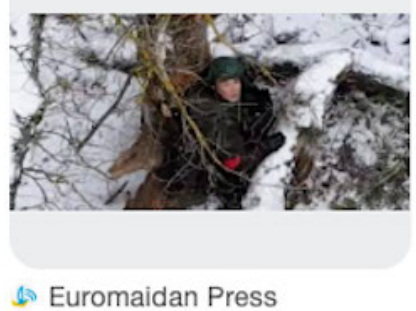
STERN.de
Christian Mölling | STERN.de



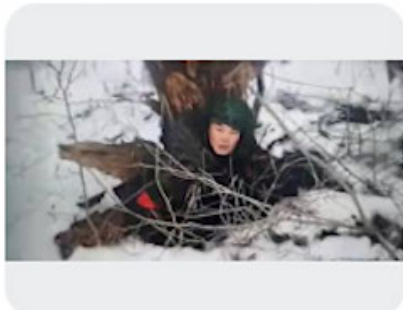
Dinamani
ரஷியாவுக்கு மேலும் வீரர்களை அனுப்ப வட கொரியா ஆயத்தம்:...



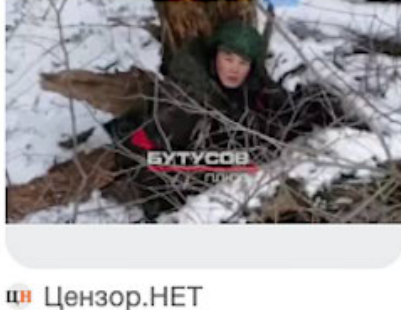
BNO News
At least 100 North Korean soldiers killed in Ukraine war,...



Euromaidan Press
NYT: North Korean troops withdrawn from front lines afte...



世界论坛网
朝军战术遭乌军破解被无人机看得清清楚楚-国际军事-世界论坛...



Цензор.HET
What is Putin planning | Censor.NET



Infobae
Zelensky acusó a las fuerzas rusas de encubrir la muerte de...

Diese Fotos machten als Beweisstück die Runde. © Office of the President of Ukraine

«Die Nordkoreaner hatten Mühe, sich zu gewöhnen»

Zum jetzt überraschenden Rückzug der Nordkoreaner vom Kriegsgeschehen befragte SRF-News den Militäranalysten Hendrik Rimmel vom *German Institute for Defence and Strategic Studies* (GIDS): Die Nordkoreaner seien «vermutlich sechs bis acht Wochen in offensive Kampfhandlungen verwickelt» gewesen und hätten «gegen ukrainische Brigaden gekämpft, die zu den Besten gehören, die die ukrainischen Streitkräfte haben». Dies habe zwar zu Geländegewinnen, aber auch zu «so hohen Verlusten geführt», dass sie abgezogen werden mussten. Man habe «die Truppen aus der Frontlinie rausrotiert». Sie würden jetzt neu ausgestattet und neu besetzt und dann wieder an die Front geschickt. Rimmel ergänzte: «Es ist davon auszugehen, dass genau das passiert ist.»

Rimmel gab nicht an, auf welche Quellen er sich stützt. Er erklärte nicht, ob die meisten der 11'000 Nordkoreaner an der Front waren und warum sie nicht ohne Unterbruch untereinander rotierten. SRF-News fragte nicht danach und fragte auch nicht, weshalb die Ukraine keinen Beweis für die vielen getöteten Nordkoreaner lieferte. Und weshalb die Ukrainer keine Nordkoreaner gefangen nehmen konnten. Auch machte

SRF-News nicht transparent, dass das GIDS vom deutschen Verteidigungsministerium finanziert wird. Vielleicht stimmen Rimmels Aussagen, vielleicht auch nicht. SRF-News kann es nicht wissen. Die nötige Quellentransparenz zu einem Kriegsvorgang sieht anders aus.

Vorsicht und Skepsis sind geboten

Videos und Fotos von vereinzelt an der Front kämpfenden oder getöteten Nordkoreanern stammten von Geheimdiensten. Die wenigen Bilder konnten nicht überprüft werden. Der ukrainische Präsident Selensky veröffentlichte ein Video, das zwei gefangene nordkoreanische Soldaten zeigen soll.

Ob es 11'000 nordkoreanische Soldaten waren, wie viele davon an der Front waren und wo sie sich jetzt befinden: Darüber gibt es keine zuverlässigen Informationen. Was wahr ist und was nicht, können Journalisten nicht wissen. Auf diese wichtige Tatsache sollten seriöse Medien immer deutlich hinweisen. Tun sie es nicht, muss die Leser- und Zuhörerschaft solche Informationen mit Vorsicht und Skepsis aufnehmen.

Die versteckten Gefahren der KI im Finanzwesen – es könnte den globalen Markt zum Absturz bringen

uncut-news.ch, Februar 7, 2025



Geld/Geldsystem/Schuldgeld/Kapitalismus/Kryptowährungen/Blockchain/Gold/Edelmetalle, Wissenschaft/ Neue Technologien/Künstliche Intelligenz(KI)/Energie/ Transhumanismus. Jim Rickards hat kürzlich einen überzeugenden Artikel über das KI-Risiko für Insider-Intel-Abonnenten veröffentlicht.

Darin erörtert Jim eine andere Art und Weise, wie KI die Märkte zum Absturz bringen könnte. Eine, die vollkommen unabhängig von der DeepSeek-, China- und NVIDIA-Perspektive ist, über die wir in der letzten Woche berichtet haben. Heute werden wir seine wichtigsten Punkte überprüfen und sie im Detail untersuchen.

Hier ist Jim:

«Die ultimative Gefahr entsteht, wenn eine grosse Kohorte von Vermögensverwaltern, die Billionen von Dollar an Vermögenswerten kontrollieren, alle die gleichen oder ähnliche KI-Algorithmen im Risikomanagement einsetzen. Ein einzelner Roboter, der für einen bestimmten Vermögensverwalter arbeitet, sagt dem Verwalter, dass er in einem abstürzenden Markt Aktien verkaufen soll. In einigen Fällen kann der Roboter ermächtigt werden, einen Verkauf ohne weiteres menschliches Eingreifen einzuleiten.

Einzel betrachtet kann dies für einen einzelnen Manager die beste Vorgehensweise sein. In der Summe führt eine Verkaufskaskade ohne ausgleichende Kaufaufträge von aktiven Managern, Spezialisten oder Spekulanten zu einem direkten Rückgang der Aktienkurse. Die Verstärkung durch Rückkopplungsschleifen macht die Sache noch schlimmer.

Die einzelnen KI-Systeme haben verschiedene Auslöspunkte für den Verkauf. Nicht alle werden auf einmal ausgelöst, aber alle werden irgendwann ausgelöst, da Verkäufe weitere Verkäufe nach sich ziehen, was wiederum weitere automatisierte Systeme auslöst, die den Verkaufsdruck verstärken, und so weiter. Unter den Robotern gibt es keine Querdenker. Der Einbau von Gefühlen in Systeme ist noch in einem primitiven Stadium.»

Dies ist ein anschauliches Beispiel dafür, warum ich Jims Arbeiten lese. Er nähert sich den Themen immer aus einem einzigartigen und durchdachten Blickwinkel.

Dieses Risiko ist eindeutig real. Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem Handelsunternehmen LLMs (KI-Modelle) in ihre eigenen Algorithmen integrieren.

Was passiert, wenn die Mehrheit der Handelsunternehmen dieselbe KI-Software für ihren Handel verwendet? Es ist unter anderem wahrscheinlich, dass viele Vermögensverwalter die ChatGPT-Modelle von OpenAI in ihre Algos integriert haben.

Nun, da DeepSeek R1 das neue glänzende Objekt ist, wechselt vielleicht ein erheblicher Teil des Unternehmens zu diesem Modell.

Vielleicht hat DeepSeek einen vollkommen anderen Ansatz für den Handel. Was passiert, wenn ChatGPT die Daten bullisch interpretiert, DeepSeek die gleichen Informationen aber als bearisch ansieht?

Das bedeutet, dass die Veröffentlichung eines neuen, hochmodernen Modells tatsächlich die Richtung des Marktes ändern könnte. Es ist neuer, es ist schlauer, und es glaubt, dass Aktien um 40% überbewertet sind! Verkaufen!

Oder, was vielleicht noch beunruhigender ist, was ist, wenn alle führenden Modelle zu fast identischen Schlussfolgerungen kommen? Wenn sich alle gleichzeitig zum Kauf oder Verkauf entschliessen, ist das ein Rezept für Probleme. Dies würde die Bewegungen auf dem Weg nach oben und unten verstärken und könnte zu einer unangenehmen Rückkopplungsschleife führen (wie Jim anmerkt).

70% der Märkte

Auf den algorithmischen (softwaregesteuerten) Handel entfallen heute schätzungsweise 65–70% des amerikanischen Aktienmarktolumens. Und diese Zahl steigt weiter an.

Wir wissen nicht, wie tief KI-Modelle (insbesondere LLMs) derzeit in die Handelsalgorithmen integriert sind. Investitionsoftware ist bekanntermassen geheimnisvoll. Aber ich vermute, dass sie einen bedeutenden Teil des Marktes ausmacht und schnell wächst.

Wir können zum Beispiel davon ausgehen, dass grosse Handelsunternehmen LLMs/GPTs für die Analyse der Marktstimmung nutzen. Sie lesen und verarbeiten soziale Medien wie LinkedIn und X, um herauszufinden, ob die Öffentlichkeit ängstlich oder gierig ist. Diese Daten werden dann in Kern-Algos integriert.

Die KI-Stimmungsanalyse hat das Potenzial, ein sehr nützliches Instrument für Händler zu sein. Die von Jim erwähnten Risiken bestehen jedoch auch. Infolgedessen werden wir wahrscheinlich ein verstärktes «Herdenverhalten» erleben.

Stimmungsanalysen sind eine Sache. Aber sind wir an dem Punkt angelangt, an dem LLMs tatsächlich Handelsentscheidungen bei einem grossen Prozentsatz der Unternehmen treffen? Meine Vermutung ist, dass wir, wenn wir bisher nicht so weit sind, es bald sein werden. Der Einsatz von KI-Modellen ist um Größenordnungen billiger als die Einstellung von Harvard-MBAs und Princeton-Doktoren.

Wie ich bereits erwähnt habe, neigen KI-Nutzer dazu, sich auf das neueste, heisseste Modell zu stürzen. ChatGPT dominierte anfangs, dann wurde Claude von Anthropic zum neuen Trend. Jetzt schlägt das chinesische DeepSeek Wellen.

Es besteht ein sehr reales Risiko von Herdenreaktionen, wenn alle auf der Grundlage ähnlicher Analysen handeln. Und wenn jeder ständig auf das neueste Modell umsteigt, gibt es unzählige Möglichkeiten, wie dies die Märkte in Zukunft beeinflussen könnte.

Herr Rickards schliesst seinen Beitrag mit einer kraftvollen Metapher ab:

«Vielleicht sollten Sie Frankenstein von Mary Shelley noch einmal lesen. In dem Roman geht es um die von Dr. Victor Frankenstein geschaffene Kreatur. Der Begriff «Kreatur» ist nicht zufällig, sondern soll an den Begriff «Schöpfer» erinnern. Im Gegensatz zu den Filmdarstellungen der Kreatur als brutales, mörderisches Monster war die literarische Version tatsächlich hochintelligent, lernte Französisch, las Shakespeare und konnte lange philosophische Diskurse führen.

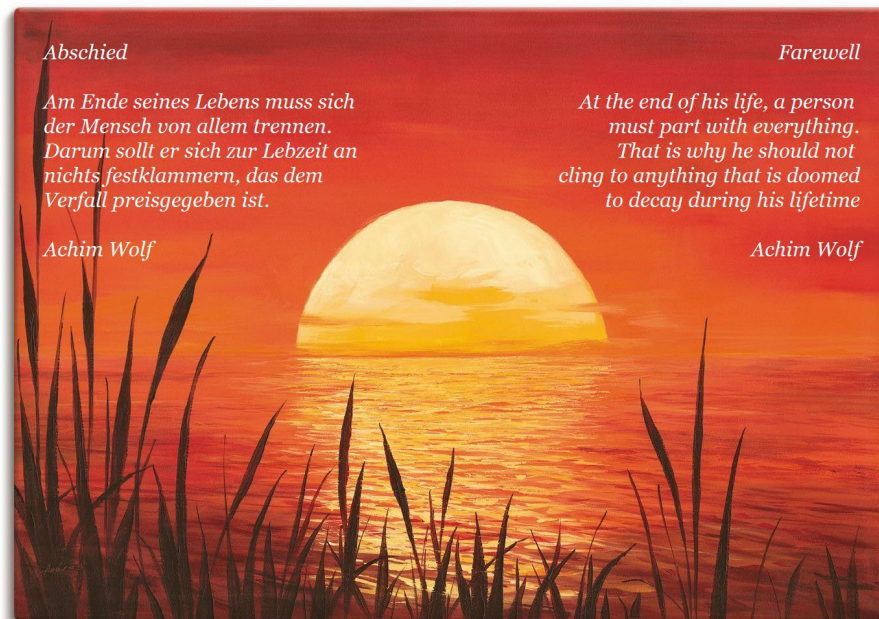
Natürlich sind diese natürliche Sprachverarbeitung und das Selbstlernen genau das, worum es bei der KI geht. Die Kreatur kann als das erste vollständig realisierte KI-System in der Literatur betrachtet werden. Das zentrale Dilemma in Frankenstein war nicht, ob die Kreatur intelligent war (sie war es). Das Dilemma war, ob sie eine Seele hatte. Sie können Ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen. Meiner Meinung nach hatte die Kreatur keine Seele ... aber vielleicht hätte sie eine verdient. Jetzt stehen wir bei der KI vor demselben Dilemma.»

Eine Möglichkeit, sich vorzubereiten, besteht darin, die digitale Welt mit der analogen (Gold und Silber) abzusichern, wie Jim gestern vorschlug. Besonders gut gefällt mir hier Silber (das während ich dies schreibe um 3,6% zugelegt hat und gut aussieht).

Abonnenten von Insider Intel können Jims vollständige KI-Analyse hier lesen. Und wenn Sie sich für dieses Thema interessieren, empfehle ich Ihnen dringend, Jims neues Buch zu lesen: MoneyGPT – AI and the Threat to the Global Economy. Das Buch könnte nicht aktueller sein.

Quelle: The Hidden Dangers of AI in Finance

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-versteckten-gefahren-der-ki-im-finanzwesen-es-koennte-den-globalen-markt-zum-absturz-bringen/>



Die joviale Maske ist gefallen Trump, der Faschist, will GAZA säubern

Autor: Uli Gellermann/ Datum: 05.02.2025

Eine «Riviera des Nahen Ostens» will Donald Trump im Gaza-Streifen schaffen. Neben dem Panama-Kanal und Grönland will der US-Imperator jetzt auch noch den Gaza-Streifen unter die «Kontrolle» der USA bringen. Er sehe die USA in einer «langfristigen Eigentümerposition». Zwar leben dort zur Zeit mehr als zwei Millionen Menschen; die will der Faschist Trump dann eben zwangsumsiedeln, nach Jordanien, Ägypten oder «andere Orte». Und der Nazi Netanjahu, dem Trump seine Vision erzählte, antwortet ihm umgehend: «Du siehst Dinge, die sich andere weigern, zu sehen. Du sagst Dinge, die sich andere weigern zu sagen. Und nachdem die Kinnladen heruntergefallen sind, kratzen sich die Leute am Kopf und sagen: «Weisst Du was? Er hat recht!»»

Der Führer schenkt den Juden eine Stadt

Als die deutschen Nazis ihren Genozid an den Juden noch tarnen wollten, hatten sie 1944 einen Propagandafilm drehen lassen. Unter dem Titel «Der Führer schenkt den Juden eine Stadt» wurde eine 90-minütige Idylle zur Musik des jiddischen Swing-Schlagers «Bei mir bistu shein» gezeigt: Die Bewohner der Stadt schlendern in Grüppchen durch die Sonne, einige haben sich zu einem Nickerchen auf den Rasen gelegt. Andere sitzen auf Bänken, plaudern, stricken oder lesen. Kinder spielen Fussball und schlagen Rad. Vier junge, hübsche Frauen vollführen Freiluft-Gymnastik in knappen Shorts. Der Drehort war das KZ Theresienstadt, die Darsteller des Propagandafilms kamen nach Ende der Dreharbeiten umgehend in das Vernichtungslager Auschwitz.

Riviera des Nahen Ostens!

Wo werden die Palästinenser hingesiedelt werden, wenn die «Riviera des Nahen Ostens» zu Propagandazwecken nicht mehr taugt? Die Nachbarländer Jordanien und Ägypten, in die Trump die Palästinenser umsiedeln will, haben den feuchten Traum des Herrn Trump schon mal abgelehnt. Die deutschen Nazis propagierten lauthals den Madagaskarplan für die Juden: Ein kurzzeitig erwogener Plan die vier Millionen europäische Juden auf die Insel vor der Ostküste Afrikas zu deportieren. Aber sie wurden in den Tod umgesiedelt. Das kann Israel mit den Palästinensern natürlich nicht unmittelbar vor aller Öffentlichkeit machen. Man wird sie wahrscheinlich in Sde Teiman, einem Gefangenenlager der israelischen Armee für Palästinenser, zwischenlagern.

«Wir wurden wie Tiere behandelt»

Im Lager Sde Teiman, zehn Kilometer nordwestlich der Stadt Be'er Scheva in der Wüste, werden auch stark Erkrankte, alte Menschen, und Kinder im Alter von 12 Jahren gehalten. Zur Zeit sind es mehr als 9000 Menschen. «Wir wurden wie Tiere behandelt», berichteten ehemalige Gefangene. Sie mussten schwere körperliche Schläge, sexuelle Übergriffe, erniedrigende und entmenschlichte Behandlungen und Drohungen

von Gewalt sowie Drohungen gegen ihre Familien ertragen. In manchen Fällen schossen Soldaten mit Nagelpistolen auf die Knie der Gefangenen, oder führten während der Verhöre einen elektrifizierten oder heissen Metallstab in den Anus der Gefangenen ein. So ähnlich könnte der Preis für Trumps «Riviera des Nahen Ostens» aussehen.

Eine Welt-Riviera, geschenkt vom Führer der westlichen Welt

Immer noch gibt es Leute, die von Trump eine Besserung der Weltlage erwarten. Dieser sonderbare Glauben hat keinen Bezug zur Wirklichkeit. Was bei Trump wie Spontaneität aussieht, ist eiskalte Berechnung für sein «Amerika first». Jene Zukunft, in denen die USA und ihre NATO aus den von ihnen beherrschten Gebieten ein einziges «Sde Teiman» schaffen. Eine Welt-Riviera, geschenkt vom Führer der westlichen Welt.
Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/die-joviale-maske-ist-gefallen>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
13.2.2025

Wie gross ist das Pestizidrisiko?

Chemikalien in unserem Essen Die Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel sei seit Jahrzehnten ungenügend und verfälscht, moniert ein Experte. Bei 90 Prozent der verwendeten Pestizide sind gemäss einer Studie Krebs- und Schwangerschaftsrisiken nicht geklärt.

Felix Straumann

Wie gefährlich sind Pestizidrückstände in unseren Lebensmitteln? Gar nicht, schreibt der Bund auf seiner Website. Pflanzenschutzmittel könnten nur «bewilligt werden, wenn ihre Anwendung keine unannehmbaren Nebenwirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt hat». Und ScienceIndustries, der Verband der chemischen Industrie, versichert in einem Faktenblatt: «Pflanzenschutzmittel gehören zu den am besten untersuchten Chemikalien weltweit. Das liegt an den strengen Prüfverfahren, die sie für die Zulassung durchlaufen müssen.»

Doch so streng sind die Prüfverfahren offenbar nicht. Sie sind zwar unbestritten aufwendig, kostenintensiv und benötigen zahlreiche Tierversuche. Pro Wirksubstanz zahlt eine Herstellerfirma rund zehn Millionen Franken für toxikologische Tests, darunter Versuche mit jeweils circa 2000 Tieren. Ein wichtiger Schritt bei der Zulassung sind Tests an Ratten und Mäusen, die den Einfluss auf die Gesundheit klären sollen. Diese toxikologi-



Pestizid-Spezialist Jürg Zarn: «Zulassung ist seit Jahrzehnten ungenügend und verfälscht» © tamedia

**NZZ, CH-Media, SRF ignorieren News der Tamedia-Redaktion.
Der «Tages-Anzeiger» enthüllte: Fahrlässig erlaubte Pestizide landen im Essen.
Es geht um Krebs bei Jungen und Unfruchtbarkeit.**

Urs P. Gasche

Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln würden mögliche Krebs- und Fortpflanzungsrisiken nicht gründlich genug abgeklärt, erklärte Jürg Zarn dem «Tages-Anzeiger». Zarn leitet den Fachbereich Pflanzenschutz-Toxikologie beim Bundesamt für Landwirtschaft. Er beschäftigt sich seit Jahrzehnten nicht nur beim Bund, sondern auch bei der Weltgesundheitsorganisation mit der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Seine Kritik ist happig. Tierversuche würden systematisch und legal so angelegt, dass man nicht genügend nachweisen könne, ob ein Pestizid die Gesundheit längerfristig ernsthaft gefährde. Auch Hanno Würbel, Professor für Tierschutz an der Vetsuisse-Fakultät der Universität Bern, hält die Art der Tierversuche für «höchst fragwürdig». Sie führe «mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einer unter Umständen massiven Unterschätzung toxischer Effekte». Er war an der Studie von Zarn nicht beteiligt, welche die Fachzeitschrift «Regulatory Toxicology and Pharmacology» veröffentlichte. Der «Tages-Anzeiger» zitierte auch Lothar Aicher vom Swiss Centre for Applied Human Toxicology: «Die Kritikpunkte sind berechtigt.»

Die Schweiz verlässt sich bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln auf die Risikobewertungen der EU. Die EU erlaubt es den Pestizid-Herstellern, die Rohdaten ihrer Tierversuche auf PDF-Dateien einzureichen: «Es geht um 4000 bis 5000 Seiten mit Zahlenkolonnen, die für uns nicht auswertbar sind», sagt Jürg Zarn. Im Namen von Pestizidherstellern meinte die Lobby-Organisation «Scienceindustries» gegenüber dem «Tages-Anzeiger»: «Unsere Erfahrung ist, dass die europäischen Behörden diese statistischen Verfahren sehr kritisch prüfen.»

Es geht um die langfristigen Folgen, wenn bestimmte Pestizide verbreitet verwendet werden. «Seit Jahren steigt beispielsweise insbesondere die Brust- und Darmkrebsrate bei Jungen an – als mögliche Ursache werden Chemikalien in der Umwelt diskutiert», schreibt TA-Wissenschaftsredaktor Felix Straumann. Er erwähnt auch die schlechte Spermienqualität bei jungen Männern.

Ausserhalb von Tamedia kein Thema

Während fast alle Tamedia-Zeitungen die brisanten Aussagen im «Tages-Anzeiger» übernahmen und ihre Leserschaft informierten, waren sie weder für die Depeschagentur noch für die NZZ noch für die CH-Media-Zeitungen oder SRF eine Meldung wert (gemäss Schweizerische Mediendatenbank).

Wäre die Nachricht über einen ausländischen Nachrichtenticker gelaufen, hätten wahrscheinlich fast alle Medien darüber berichtet. Doch hindert sie offensichtlich ein falsch verstandener Konkurrenzkampf, andere Medien im eigenen Teich zu zitieren.

Umgekehrt sind es die Tamedia-Zeitungen, die nur selten die Primeurs ihrer Konkurrenz aufnehmen. Auch die Zeitschriften «Beobachter», «K-Tipp» oder «Saldo» bringen mit eigenen Recherchen immer wieder brisante Tatsachen ans Licht. Doch über diese berichten andere Medien nur selten.

Was an Pressekonferenzen oder in Medienmitteilungen erzählt wird, verbreiten alle regelmässig und häufig. Doch Schweizer Konkurrenzmedien werden als Quelle häufig ignoriert oder boykottiert. Das ist unprofessionell. Journalistinnen und Journalisten könnten die Arbeit der anderen anerkennen, statt in einem kleinlichen Futterneid der Leserschaft wichtige News vorzuenthalten. Die Allermeisten lesen ihr Leibblatt, aber selten dessen Konkurrenzzeitungen.



Zugesandt: von M. Bretbacher

**Übersetzung vom Memorandum der Konversation von Aussenminister
James Baker III., Präsident Michail Gorbatschow
und Aussenminister Eduard Shevardnadse. 9. Feb. 1990**
(Übersetzung in die deutsche Sprache: Michael Voigtländer und Ben Blijleven)

United States Department of State
Washington, D.C. 20520
Review Authority: Frank H. Perez
Datum/Fall ID: 20 Dezember 2002 199504567, teilweise freigegeben

Memorandum der Konversation
Freitag, 9. Februar 1990, 13:00 Uhr – 15:00 Uhr
Ort: Kreml

Teilnehmer: Aussenminister Baker
Präsident Gorbatschow
Eduard Shevardnadze

Gorbatschow:

Geschwärzt ...

Sie wissen, dass ich die Zeitungen hier und im Westen darüber lese, was in der Sowjetunion passiert. Nun, zumindest kann ich sagen, dass sie nie langweilig sind. Leider sind sie aber auch nicht erhellend. Sie sind auch nicht nützlich. Doch es werden viele Dinge angesprochen, die unserer Aufmerksamkeit bedürfen. ... geschwärzt.

Baker:

Ich danke Ihnen. Ich möchte, dass Sie wissen, dass wir Sie auf jede erdenkliche Weise unterstützen werden. Wir werden dies sowohl öffentlich als auch auf andere Weise tun. Wir bemühen uns, Ihnen ein stabiles internationales Umfeld zu schaffen. Das kommt natürlich sowohl uns als auch Ihnen zugute. Und ich hoffe, dass es für Sie innenpolitisch weiterhin positiv ist, wenn Sie zeigen können, dass Sie die US-sowjetischen Beziehungen produktiv und in einer Weise gestalten können, die den Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozess voranbringt und zu Vereinbarungen führt.

Ich hoffe, Sie wissen, dass dies ungeachtet der vier oder fünf Monate, in denen wir zu Beginn dieser Regierung in der Rüstungskontrolle auf der Stelle traten, schon seit einiger Zeit vorbei ist. Ich hoffe, Sie erkennen, dass die Ideen, die wir dieses Mal eingebracht haben, zeigen, dass es uns ernst damit ist, den Prozess voranzubringen. Angesichts grundlegender Veränderungen, die insbesondere in Europa stattfinden, riskieren wir, überholt zu werden, wenn wir nicht handeln. Offen gesagt könnten unsere Verhandlungen irrelevant werden.

Gorbatschow:

Ich stimme zu.

Baker:

Ich frage mich, ob ich noch ein Wort zur Wirtschaft hinzufügen darf. Eduard weiss, dass es eine Frage gibt, die mich besonders beschäftigt, seit wir vor fast einem Jahr zum ersten Mal darüber gesprochen haben. Und das ist, dass man entweder eine Kommandowirtschaft oder eine Marktwirtschaft haben kann. Aber man kann nicht etwas dazwischen haben. Sie bewegen sich hin zu einem Preissystem, das von grosser Bedeutung ist. Ich freue mich sehr, dass Sie diese Entscheidung getroffen haben, und es ist nicht einfach, diesen Weg zu gehen.

Gorbatschow:

Sie haben Recht.

Baker:

Es gibt einige Dinge, die zuerst erledigt werden müssen. Zwei stehen dabei sicher fest. Erstens: Zuerst müssen Sie den Rubelüberhang abbauen. Sie planen, Wohnungen zu verkaufen, die Währung abzuwerten, goldgedeckte Anleihen auszugeben usw., was möglicherweise helfen könnte. Aber Sie müssen es tun, bevor Sie zum Preissystem übergehen, sonst wird die Inflation bei mehreren Tausend Prozent liegen. Die zweite Sache, die angegangen werden muss, ist ein soziales Sicherheitsnetz. Ein soziales Sicherheitsnetz ist für die Ärmsten der Gesellschaft erforderlich, wenn ein neues Preissystem eingeführt

wird. Der Abbau des Rubelüberhangs und die Einführung eines sozialen Sicherheitsnetzes können die Unzufriedenheit in der Bevölkerung verringern, aber nicht beseitigen. Ich möchte nicht belehrend wirken, aber gelegentlich falle ich in die Gewohnheiten meines früheren Jobs im Finanzministerium zurück.

Gorbatschow:

Nun, das sind alte Vorlieben und frühere berufliche Interessen – und zufällig sind es sehr gute Interessen.

Baker:

Der Rat, den ich Ihnen gebe, ist vielleicht genau den Preis wert, den Sie dafür bezahlen. Aber bitte verstehen Sie, wie sehr wir uns wünschen, dass Sie Erfolg haben. Wenn sich die Dinge weiterentwickeln und wir etwas tun, was wir nicht tun sollten, oder etwas nicht tun, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie einfach zum Telefon greifen und es uns mitteilen.

Gorbatschow:

Wie läuft es mit der Kommunikationsverbindung voran?

Baker:

Es geht voran. Ich hatte ein langes Gespräch mit Eduard über Deutschland. Ich weiss nicht, ob er die Gelegenheit hatte, es Ihnen zu erzählen, oder ob Sie interessiert wären, wenn ich es Ihnen darlege und unsere Sichtweise erkläre.

Gorbatschow:

Ich würde gerne Ihre Sichtweise hören.

Baker:

Der Wiedervereinigungsprozess verläuft viel schneller, als es noch im letzten Dezember jemand erwartet hätte. In der letzten Woche habe ich mich mit den Aussenministern von Frankreich, Grossbritannien und Deutschland getroffen. Am 18. März wird die DDR mit überwältigender Mehrheit für die Wiedervereinigung stimmen. Sie werden Führungskräfte wählen, die die Wiedervereinigung unterstützen. Kurz danach werden die beiden Deutschland beginnen, die internen Aspekte die Wiedervereinigung zu besprechen: Wie sie ihre Regierungen zusammenführen, welche Stadt die Hauptstadt sein soll, die Entwicklung einer gemeinsamen Währung, die Schaffung einer Wirtschaftsunion, usw. Ich bin mir Ihrer Bedenken bewusst. Ich habe sie mit Herrn Schewardnadse besprochen. Wir verstehen Ihre Bedenken. Ich habe Ihre jüngsten Äusserungen so verstanden, dass Sie verstehen, dass die Wiedervereinigung unvermeidlich ist. Es ist wichtig, dass sie auf stabile Weise verläuft und Möglichkeiten für echte Stabilität schafft. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass ein Mechanismus oder Rahmen für die äusseren Aspekte der Wiedervereinigung erforderlich ist. Dies muss mit Bedacht angegangen werden, um keinen übermässigen deutschen Nationalismus zu provozieren. Der Mechanismus sollte erst eingerichtet werden, nachdem die beiden Deutschlands ihre Gespräche über die interne Wiedervereinigung aufgenommen haben. Ich habe mit den Franzosen und Deutschen über die Aussicht auf einen Zwei-plus-Vier-Mechanismus gesprochen, aber keine Einigung angestrebt. Das bedeutet die beiden Deutschland plus die vier Mächte.

Gorbatschow:

Ich sage vier plus zwei; Sie sagen zwei plus vier. Wie sehen Sie diese Formel?

Baker:

Zwei plus vier ist der bessere Weg. Ich habe Eduard erklärt, dass der Vier-Mächte-Mechanismus allein nicht funktionieren kann. Die KSZE ist zu schwerfällig, um zu funktionieren. Ich weiss nicht, ob die Deutschen Zwei-plus-Vier zustimmen. Aber der Punkt ist, dass man bei den äusseren Aspekten der deutschen Wiedervereinigung Deutschlands Nachbarn berücksichtigen muss. Es ist denkbar, dass die 35 genutzt werden könnten, um eine durch den Zwei-plus-Vier-Mechanismus erzielte Vereinbarung zu ratifizieren. Wir haben gemeinsam einen Krieg geführt, um den Frieden nach Europa zu bringen. Wir haben den Frieden im Kalten Krieg nicht besonders gut gemeistert. Und nun stehen wir vor schnellen und grundlegenden Veränderungen. Und wir sind in einer besseren Position, um bei der Wahrung des Friedens zusammenzuarbeiten. **Ich möchte, dass Sie eines ganz sicher wissen. Der Präsident und ich haben deutlich gemacht, dass wir in diesem Prozess keinen einseitigen Vorteil anstreben.**

Ich habe noch ein oder zwei weitere Punkte. Wir stehen einem neutralen Deutschland nicht positiv gegenüber. Die Bundesrepublik Deutschland sagt, dass dies kein zufriedenstellender Ansatz ist. Ein neutrales Deutschland wird aus unserer Sicht nicht unbedingt ein nicht-militaristisches Deutschland sein. Es könnte durchaus entscheiden, dass es eine eigene unabhängige nukleare Fähigkeit benötigt, anstatt sich auf das Abschreckungspotential der Vereinigten Staaten zu verlassen. Alle unsere Verbündeten und die Osteuro-

päer, mit denen wir gesprochen haben, haben uns gesagt, dass sie wollen, dass wir eine Präsenz in Europa aufrechterhalten. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das befürworten oder nicht. Aber lassen Sie mich sagen: Wenn unsere Verbündeten wollen, dass wir gehen, sind wir in einer Minute weg. Tatsächlich, wenn sie wollen, dass wir gehen, werden wir gehen, und ich kann Ihnen versichern, dass die Stimmung des amerikanischen Volkes so ist, dass es unseren sofortigen Abzug wünschen wird. Der Mechanismus, durch den wir eine militärische US-Präsenz in Europa haben, ist die NATO. Wenn Sie die NATO abschaffen, wird es keine US-Präsenz mehr geben.

Wir verstehen die Notwendigkeit von Zusicherungen für die Länder im Osten. **Wenn wir eine Präsenz in einem Deutschland aufrechterhalten, das Teil der NATO ist, würde es keine Ausweitung der NATO-Zuständigkeit für NATO-Truppen auch nur um einen Zentimeter nach Osten geben.** Letztendlich, wenn es für alle akzeptabel ist, könnten wir Gespräche im Zwei-plus-Vier-Rahmen führen, die zu einem solchen Ergebnis führen könnten. Vielleicht gibt es eine bessere Möglichkeit, mit den äusseren Folgen der deutschen Wiedervereinigung umzugehen. Falls es eine gibt, ist sie mir nicht bekannt. Wir haben keine deutsche Zustimmung, aber wir haben es Genscher gegenüber erwähnt, und er sagte, dass er darüber nachdenken wolle. Dumas gefiel es, und jetzt habe ich es Ihnen erwähnt.

Gorbatschow:

Im Grunde genommen teile ich Ihre Denkweise. Der Prozess ist im Gange. Wir müssen diesen Prozess anpassen. Wir müssen uns an diese neue Realität anpassen und dürfen nicht passiv bleiben, wenn es darum geht, die Stabilität in Europa zu sichern. Nun, für uns und für Sie gibt es trotz der Unterschiede nichts Beängstigendes an der Aussicht auf ein vereintes Deutschland. Aber das ist zu einfach. Zunächst einmal sind wir beide daran interessiert, die Bedingungen in Europa zu verbessern, und wir können nicht einfach untätig bleiben. Welche Art von Deutschland werden wir in der Zukunft vor uns haben? Wie kann es in die weltweiten Strukturen eingebunden werden?

Zweitens: Es gibt unterschiedliche Perspektiven in London, Paris, Budapest und Warschau. Gestern hatte ich ein Gespräch mit Jaruzelski. Er weiss, dass Sie heute hier sind und Kohl und Genscher morgen hier sein werden. Angesichts dessen möchte er anrufen und sprechen. Die deutsche Frage ist für ihn die entscheidende Frage. Sie ist für die Polen von entscheidender Bedeutung.

Baker: Das ist richtig.

Gorbatschow:

Geschwärzt ...

Für Frankreich und Grossbritannien stellt sich die Frage, wer der wichtigste Akteur in Europa sein wird. Wir haben es da leichter. Wir sind grosse Länder und haben unser eigenes Gewicht. Wir sehen auch, wie Kohl und sein Team mit uns sprechen - sehr vorsichtig, in dem Wissen, was unsere beiden Länder bedeuten. Daher ist es wichtig, diesen Prozess zu steuern, dabei aber die Sensibilitäten anzuerkennen und taktvoll zu sein. Der Mechanismus von Vier-plus-Zwei oder Zwei-plus-Vier ist, vorausgesetzt, er stützt sich auf eine völkerrechtliche Grundlage, für die Situation geeignet. Vielleicht sollten wir nach diesem Austausch - nicht weil wir uns in allen Details einig sind - die Gespräche mit unseren beiden Freunden fortsetzen. Wir haben mit Modrow gesprochen, und ich werde morgen mit Kohl sprechen.

Baker:

Das wäre gut, wenn Sie es tun. Eine kleine Warnung. Falls es eine Möglichkeit gibt, die Deutschen zu überzeugen, müssen wir darüber sprechen, dass dieser Prozess erst nach dem 18. März beginnt - erst nachdem die Selbstbestimmung der DDR umgesetzt wurde und erst nachdem die Deutschen die inneren Aspekte der Wiedervereinigung diskutieren. Andernfalls werden die Deutschen nicht darauf eingehen. Sie werden sagen: Die Frage der deutschen Wiedervereinigung ist eine deutsche Angelegenheit. Was wir sagen, ist: Die inneren Aspekte sind von den beiden deutschen Staaten zu bestimmen. Der äussere Aspekt muss unter gebührender Berücksichtigung von Deutschlands Nachbarn verwirklicht werden. Deren Sicherheitsbedenken müssen berücksichtigt werden, und Fragen wie der Status von Berlin müssen geklärt werden. Ich glaube, dass es eine gewisse Chance auf eine Einigung gibt. Ich habe darüber noch nicht direkt mit dem Kanzler gesprochen, aber mein Eindruck von Genschers Reaktion ist, dass er dies für einen guten Ansatz hält. Natürlich steht der Kanzler im Wahlkampf.

Gorbatschow:

Ja. Das beeinflusst den ganzen Prozess.

Baker:

Er wird sehr darauf achten, nicht den Eindruck zu erwecken, die Frage der Wiedervereinigung anderen zu überlassen.

Gorbatschow:

Geschwärzt ...

Wir sollten nicht aufhören, darüber nachzudenken, wie wir die aktuellen Ereignisse und den Wiedervereinigungsprozess steuern können. Lassen Sie uns sicher sein, dass wir die realistischen Kräfte erkennen und sie berücksichtigen. Sagen Sie also bitte dem Präsidenten, dass wir in dieser ganzen Frage der deutschen Wiedervereinigung in engem Kontakt bleiben sollten.

Baker:

Das werde ich. Aber bitte verstehen Sie, dass ich nicht vorschlage dem emotionalen Drang nach Wiedervereinigung nachzugeben. Was ich jedoch sage, ist, dass der Prozess der Wiedervereinigung nicht aufzuhalten sein wird, und dass es unsere Pflicht gegenüber unserem Volk, dem Frieden und der Welt im Allgemeinen ist, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die äusseren Aspekte der Wiedervereinigung so zu gestalten, dass sie die Stabilität fördern. Deshalb habe ich diesen Zwei-plus-Vier-Mechanismus vorgeschlagen. Ich bin sicher, dass die Wiedervereinigung die Bundesrepublik Deutschland viel kosten wird. Ich bin mir ebenso sicher, dass dieses Thema eine zentrale Rolle im Wahlkampf in Deutschland spielen wird. Aber welche potenziellen Probleme auch immer bestehen, sie werden von dem emotionalen Wunsch der Deutschen, wieder zusammenzukommen, überlagert – und das ist die Realität, mit der wir es zu tun haben. Ich möchte eine Frage stellen, und Sie müssen sie nicht beantworten. Nehmen wir für den Moment an, dass die Wiedervereinigung stattfinden wird. **Angenommen, das wäre der Fall, würden Sie ein vereintes Deutschland ausserhalb der NATO bevorzugen, das unabhängig ist und keine US-Truppen beherbergt, oder würden Sie ein vereintes Deutschland mit Bindungen an die NATO vorziehen, verbunden mit der Zusicherung, dass es keine Erweiterung des derzeitigen Zuständigkeitsbereichs der NATO nach Osten geben wird?**

... geschwärzt.

Gorbatschow:

Geschwärzt ...

Lassen Sie mich sagen, dass der von Ihnen skizzierte Ansatz eine durchaus mögliche Option ist. Wir wollen wirklich keine Wiederholung von Versailles erleben, bei der die Deutschen sich bewaffnen konnten.

... geschwärzt...

Der beste Weg, diesen Prozess einzuschränken, besteht darin, sicherzustellen, dass Deutschland in europäische Strukturen eingebunden bleibt. Was Sie mir über Ihren Ansatz und Ihre Präferenz gesagt haben ist sehr realistisch. Also lassen Sie uns darüber nachdenken. Aber verlangen Sie jetzt nicht von mir, eine endgültige Einschätzung abzugeben.

... geschwärzt ...

Kommen wir zu Afghanistan. Schewardnadse sagt mir, dass Sie ein sehr gutes Gespräch über Afghanistan hatten, aber es gab nicht viel Bewegung.

Baker:

Nun, wir haben uns bewegt. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie es getan haben. Für uns ist es jedoch wichtig, sich daran zu erinnern, dass unsere Bewegung nicht der entscheidende Faktor ist. Wir haben wirklich nur begrenzten Einfluss auf die Mudschaheddin. Wir möchten eine politische Lösung in Afghanistan. Doch, das tun wir wirklich. Wir sind jedoch überzeugt, dass wir die Mudschaheddin nicht einbinden können, wenn es keinen Mechanismus gibt, der am Ende des Übergangsprozesses zu einem Regierungswechsel führt. Was ich also vorgeschlagen habe, ist, dass wir einen Prozess brauchen, der mit Najib an der Macht beginnt, aber am Ende dazu führt, dass er nicht mehr im Amt ist. Das bedeutet nicht, dass die gesamte PDPA ebenfalls gehen muss, es bedeutet lediglich, dass Najib und seine engsten Vertrauten am Ende dieses Prozesses nicht mehr an der Macht sein werden. Genau darum geht es bei einem Übergang: den Wechsel von der aktuellen Regierung zu einer neuen Regierung. Ich glaube, dass wir, wenn wir wüssten, dass dies geschehen wird, eine sehr gute Chance hätten, die AIG, die Kommandeure vor Ort, die Pakistaner und die Saudis hinter diesen Prozess zu bringen. Was ich skizziert habe, war eine Perspektive für den Übergang von unserer heutigen Situation zu einer Übergangsregierung und anschliessend zu einer Regierung der nationalen Versöhnung, die alle Elemente Afghanistans repräsentiert.

Wir haben kein Interesse an einer afghanischen Regierung, die der Sowjetunion feindlich gesinnt ist. Wir haben kein Interesse an einem fundamentalistischen Regime in Afghanistan. Das liegt einfach nicht in unserem Interesse. Aber ich muss leider sagen, wir können weder an der Entwicklung noch an der Verwaltung einer politischen Lösung mitwirken, wenn wir nicht sagen können, dass dieser Mann am Ende nicht mehr da sein wird. Ich behaupte nicht, dass entweder er oder die afghanische Übergangsregierung eine wirkliche Legitimität besitzen. Ich bin mir nicht sicher, ob eine von beiden mehr Legitimität hat als die andere.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Wir geben den Mudschaheddin auch keine Befehle. Ich denke jedoch, dass wir Einfluss auf sie nehmen könnten, wenn wir ihnen sagen könnten, dass die afghanische Regierung, die am Ende dieses Prozesses entsteht, nicht von Najib geführt wird.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Wie wäre es, einfach Phase eins des Prozesses geschehen zu lassen? Lassen Sie es geschehen. Wenn Sie die Schura stattfinden lassen und ihre Sicherheit garantieren würden, könnte es für Nadschib vielleicht einfacher sein, sich hinzustellen und zu erklären, dass er auf seinen Anspruch verzichtet. Wie auch immer, ich wollte Ihnen gerade sagen, dass wir in Amerika ein Sprichwort haben: Wir wollen keinen Käse, wir wollen nur aus der Falle heraus.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Ich denke wirklich, dass wir diesen Prozess der Selbstbestimmung beginnen lassen sollten.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Aber die Mudschaheddin werden sich auf nichts einlassen, was er vorschlägt. Das ist einfach eine Tatsache.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Wir kooperieren an einigen Orten, in den Regionen Namibia, dem Horn von Afrika – dort gibt es eindeutig Raum für weitere Zusammenarbeit. In Afghanistan und in Mittelamerika. Wir können es dort besser machen. Ich habe gegenüber Schewardnadse erwähnt, dass die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten kein Verständnis für die Präsenz von MiG-29 in Kuba hat. Er hat erklärt, dass Sie Verpflichtungen haben, aber ehrlich gesagt gibt es einfach keine Möglichkeit, der amerikanischen Öffentlichkeit zu erklären, wie Sie weiterhin solche Waffen an Kuba liefern können.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Wir überprüfen derzeit COCOM, im Hinblick es zu überarbeiten. Unser Ansatz wäre, höhere Barrieren um weniger Produkte zu errichten – die einzigen Produkte, die eingeschränkt würden, wären diejenigen mit einer erheblichen militärischen Anwendung. Doch diese Überprüfung wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Ich weiss, dass Sie unter gewissem Druck stehen. Aber Sie wissen, als ich im vergangenen Frühjahr erstmals sagte, dass wir tun würden, was wir können, um die Perestroika zu unterstützen, und dass Ihre Reformbemühungen ernst gemeint sind, wurde ich von einer Reihe konservativer Stimmen in den Vereinigten Staaten angegriffen. Wenn wir versuchen, COCOM zu reformieren oder darüber sprechen, Ihnen den Zugang zu internationalen Finanzinstitutionen zu erleichtern, hören wir von unseren Kritikern immer wieder das Thema Kuba. Kuba ist keine Bedrohung für uns, aber es ist eine Bedrohung für kleine Staaten in Mittelamerika. Castro exportiert weiterhin Subversion und Revolution, und der einzige, den er noch mehr kritisiert als Präsident Bush, ist Präsident Gorbatschow. Daher fällt es uns schwer zu erklären, warum Sie weiterhin Waffen liefern

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Die Kritik an uns in Bezug auf die Wirtschaft wird anders ausfallen. Man wird uns eine Rezession vorwerfen. Glücklicherweise haben wir acht Jahre wirtschaftliches Wachstum hinter uns. Das haben wir erreicht, indem wir die Rolle des Staates in der Wirtschaft reduziert haben. Zu Beginn der Reagan-Regierung lag der Spitzensteuersatz für Privatpersonen bei 70%, jetzt beträgt er 33%. Der Unternehmenssteuersatz ist von 50% auf 34% gesunken. Wir haben ein kontinuierliches, nicht-inflationäres Wachstum verzeichnet. Unsere Inflationsrate lag in den letzten sieben bis acht Jahren durchschnittlich bei 4% oder weniger.

Gorbatschow:

Geschwärzt.

Baker:

Das wissen wir. Wir möchten, dass Sie Erfolg haben. Der Präsident und ich wissen, wie schwierig es für Sie ist, und wir sehen, dass Sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Hindernisse zu überwinden, die vor Ihnen liegen. Der Präsident möchte, dass Sie wissen, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um Sie zu unterstützen. Er wünscht Ihnen Erfolg, viel Glück und alles Gute für Ihre Bemühungen.

Gorbatschow:

Bitte sagen Sie dem Präsidenten, wie sehr ich das schätze und richten Sie ihm meine Grüsse aus.

Baker:

Ich werde das tun.

National Security Archive,
Suite 701, Gelman Library, The George Washington University,
2130 H Street, NW, Washington, D.C., 20037,
Phone: 202/994-7000, Fax: 202/994-7005, nsarchiv@gwu.edu



Kommentar: Das Gegenmittel zum Faschismus

**Uns droht ein Zeitalter des Faschismus. Wir können dagegenhalten,
wenn es uns gelingt, den Wohlstand fair zu verteilen.**

Walter Langenegger



Walter Langenegger © zvg

Red. Der Autor dieses Gastkommentars war Inlandchef des «St.Galler Tagblatts» und Kommunikationschef der Stadt Bern. Er ist Delegierter der SP Schweiz. Er veröffentlicht seine Beiträge im Blog «Meinung».

Die Entwicklung ist furchterregend: Ein europäisches Land nach dem anderen fällt der extremen Rechten in die Hände. Flackerte der Faschismus nach der Jahrtausendwende zunächst meist nur in den ehemaligen Ostblockstaaten auf, so ist heute Westeuropa Opfer seines Vormarsches – ausgerechnet jener Teil des Kontinents also, der glaubte, die Lehren aus Nationalsozialismus und Rechtsextremismus gezogen zu haben. Beflügelt durch Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten, rufen Europas Faschisten denn auch bereits ein neues, autoritäres Zeitalter aus – ein Zeitalter der kruden Machtpolitik, der nichts heilig ist. Weder Freiheit noch Fairness. Weder Menschenrechte noch Selbstbestimmung. Weder Umwelt noch Klima. Nichts.

Helfershelfer des Faschismus

Ihre Helfershelfer sind dabei stets die gleichen: die etablierten konservativen und bürgerlichen Parteien. Ob in Italien, Schweden, den Niederlanden oder Deutschland – überall verabschieden sich die einst vermeintlichen Garanten von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten von ihren Prinzipien, koalieren mit rechtsextremen Parteien und ebnen ihnen den Weg zur Macht und in die Mitte der Gesellschaft.

Die Brandmauer gegen den Faschismus entpuppt sich als Illusion. Im Zweifelsfall marschieren die bürgerlichen Kräfte lieber mit illiberalen Parteien, als sich mit der demokratischen Linken zu verbünden. Denn in einem zentralen Politikfeld unterscheiden sich Bürgerliche und Rechtsextreme kaum: Beide vertreten eine Wirtschaftspolitik, die auf Marktradikalität beruht, Unternehmen und Kapital freie Hand gewährt und ein Staatskonzept propagiert, das die öffentliche Hand als Erfüllungsgehilfin der Wirtschaftsinteressen sieht – notfalls auch auf Kosten der Bevölkerung und der Ökologie.

Katastrophe mit Ansage

Darum erstaunt es nicht, dass der Virus des Faschismus heute epidemisch auftritt. Die Katastrophe war bereits kurz nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus voraussehbar. Denn mit ihm trat eine neue Verheissung auf den Plan, vor der Kritiker lange vergeblich gewarnt hatten: die Ideologie des Neoliberalismus. Ihr trügerisches Versprechen: Wohlstand durch Entfesselung der Marktkräfte, freien Handel sowie rigorosen Steuer- und Staatsabbau.

Heute wissen wir: Der Neoliberalismus schaffte zwar Wachstum, aber noch mehr schuf er ungeheure Ungleichheit mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. Die Profiteure sind in extremem Masse Banken, Konzerne und Tech-Giganten, kapitalstarke Investoren, Megareiche und Erbschaftsmilliardäre. Sie bilden einen neuen Geldadel, wie es ihn nie zuvor gegeben hat. Sie sind unvorstellbar reich, üben oft ohne demokratische Legitimation politische Macht aus und konditionieren das Leben von Milliarden Menschen.

Musk – die Spitze der Absurdität

Diese Absurdität personifiziert sich in Elon Musk: Ausgestattet mit 400 Milliarden Dollar Vermögen und faschistoiden Allmachtsfantasien berauscht er sich derzeit daran, die Demokratie und ihre Institutionen in den USA zu zertrümmern. Selbst ein Produkt des Neoliberalismus, läutet Musk nun dessen letzte Phase ein und macht ihn vollends zum Werkzeug von Willkürherrschaft und Autokratie.

Die Mär vom «Wandel durch Handel»

Autokratie pur ist auch das, was der Neoliberalismus global angerichtet hat. Einst stellte er mit der Formel «Wandel durch Handel» in Aussicht, dass die Welt dank wirtschaftlichen Austauschs mit autoritären Regimen demokratischer und sicherer werde. Doch das Gegenteil geschah: Der Neoliberalismus brachte Staaten wie China, Russland und Indien Investitionen, Arbeitsplätze und Technologie – aber keinen Geisteszustand. Je reicher sie wurden, desto totalitärer und antidemokratischer wurden sie.

Gleichzeitig hat der Neoliberalismus den Westen enorm verletzlich gemacht. Die Abhängigkeit der Demokratien von Autokratien hat sich erhöht – und nicht umgekehrt, wie versprochen. Die Autokratien sitzen oft am längeren Hebel – etwa Russland mit seinen Rohstoffen oder China mit seiner Fertigungsindustrie – und missbrauchen den Zugang zum Weltmarkt, um ihre politische und militärische Hegemonie auszubauen.

Gebeutelte Mittelschicht im Westen

Den höchsten und schmerzhaftesten Preis für den Neoliberalismus aber zahlte die breite Bevölkerung in den Ländern des Westens – insbesondere die untere Mittelschicht mit bescheidener Bildung und mässigen Berufschancen: Von der Verkäuferin über die Serviceangestellte bis zur Reinigungskraft, vom Chauffeur über den Logistiker und den Krankenpfleger bis hin zur Fachkraft sowie dem Kleinunternehmer und den Selbständigerwerbenden. Sie sind die grossen Verlierer von Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung.

Dies geschah einerseits, indem Abermillionen einst ordentlich bezahlter Jobs in der Industrie und im Dienstleistungssektor in Billiglohnländer des Südens und des Ostens verlagert wurden. Und andererseits, indem die neoliberale Politik die Zuwanderung von Menschen aus armen Ländern in die reichen Volkswirtschaften befeuerte – was vor allem in jenen Staaten zu Lohndruck und Konkurrenz führte, die keine sozialen Massnahmen zum Schutz des Arbeitsmarktes ergriffen.

In der Europäischen Union verlief dieser Prozess schleichend und führte zu stagnierenden Einkommen, Jugendarbeitslosigkeit und wachsender Prekarisierung. In den USA, mit einer traditionell ohnehin schwachen sozialen Absicherung, traf es die Mittelschicht mit voller Wucht – insbesondere im Rostgürtel. Auslagerung, Outsourcing und der Ausverkauf ganzer Industriezweige hinterliessen Fabrikrüinen, Massenarbeitslosigkeit und wachsende Verzweiflung.

Komplizen im Ungeist

Das ist fatal für wohlhabende, demokratische Gesellschaften. Wer trotz Arbeit und Fleiss nicht vom Fleck kommt, fühlt sich gedemütigt. Wer fürchtet, dass es seinen Kindern dereinst nicht besser, sondern schlechter gehen wird, verliert den Glauben an die Zukunft. Und wer sozial absteigt und Angst haben muss, sein Stückchen Wohlstand zu verlieren, sucht Schuldige. So wird die Demokratie von innen heraus zersetzt und die Menschen werden anfällig für autoritäre Politik. Genau das ist der Nährboden, auf dem Faschismus wächst.

Der Neoliberalismus entpuppt sich damit als Komplize des Faschismus. Was er gesät hat, erntet nun der andere: Beängstigende Wahlsiege, die aus dem Gefühl vieler Menschen entstehen, bedroht zu sein und nicht das zu erhalten, was ihnen zusteht. Das ist die Wunde, in die der Faschismus hineinsticht, indem er verspricht, die Kontrolle über das eigene Leben und das eigene Land zurückzuholen und die vermeintlich Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Lüge des Faschismus

Doch das ist eine Lüge. Der Faschismus bringt keine Heilung, sondern Verblendung. Er benennt die wahren wirtschaftspolitischen Ursachen nicht, die zu Migration, Verlustängsten und sozialem Abstieg führen, sondern lenkt vielmehr davon ab. Er tut dies, indem er eine angeblich homogene Mehrheit von «normalen, hart arbeitenden Menschen» als Opfer von Minderheiten darstellt: von ethnischen, geschlechtlichen und politischen Gruppen, die der Mehrheit vermeintlich einen anderen Lebensstil aufzwingen und sie ausnutzen wollen. Das ist das toxische Narrativ des Faschismus.

Das funktioniert – und zwar leider fürchterlich gut. Die Hetze gegen Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, queere Menschen, Feministinnen und «Links-Grün-Versiffte» sowie gegen LGBTQ, Wokeness, Anti-Rassismus und «MeToo» liefert Sündenböcke und suggeriert, dass sich diese Gruppen Ansprüche und Rechte herausnehmen würden, die die Mehrheit benachteiligten und deren Leben verschlechterten. Und je schriller die Debatte darüber tobt, desto mehr verdichtet sich bei vielen, vorab enttäuschten und unpolitischen Menschen der Anschein, dass dem tatsächlich so ist.

Das macht es schwierig, den Faschismus bei diesen Themen zu bekämpfen. Migration ist seit jeher ein Reizthema für Gesellschaften, die unter Druck stehen und mit Ungleichheit und Wohlstandsgefälle ringen. Und die Anliegen von ethnischen, gesellschaftlichen und sexuellen Minderheiten sind – mögen sie noch so legitim und gerechtfertigt sein – vom Alltagsleben der Mehrheit der Menschen meist so weit entfernt, dass sie oft auf Unverständnis stossen und provokativ wirken. Beides ist somit prädestiniert für rechtsextremen Populismus.

Faschismus demaskieren

Umso mehr sind die demokratischen Kräfte gefordert, den Faschismus auf ein anderes Terrain zu zwingen – nämlich dorthin, wo die tatsächlichen Sorgen der breiten Bevölkerung liegen: Bei stagnierenden Löhnen, schwindender Kaufkraft, Wohnungsnot, steigenden Mieten, wachsenden Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten, sinkenden Renten und dem fortschreitenden Abbau des Service public. Hier, bei diesen Themen, liegen die Mehrheiten, die es braucht, um die Demokratie zu verteidigen und den Faschismus zu stoppen. Den Menschen muss bewusst gemacht werden, dass ihr diffuses Unbehagen berechtigt ist – dass die Ursachen jedoch nicht in Migration, Kulturkampf und Identitätspolitik liegen, sondern in einer Wirtschaftsordnung, die den von uns allen gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand immer ungleicher verteilt und in die Hände einer kleinen Oberschicht lenkt. Deshalb muss der öffentliche Diskurs viel stärker auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet und offengelegt werden, woran das System in Tat und Wahrheit krankt.

Gelingt dies, wird der Faschismus demaskiert. Denn dann muss er erklären, weshalb er die Migration ver-teufelt, nicht aber die Wirtschaft, die die Zuwanderung erst verursacht – weil sie lieber günstiges Personal aus dem Ausland einstellt als Einheimische. Oder warum er stets vom «arbeitenden Volk» spricht, aber nichts gegen Lohndumping unternimmt, stattdessen jedoch Mindestlöhne und Tarifverträge bekämpft. Oder warum er der Mittelschicht den Abbau von Renten und öffentlichen Dienstleistungen zumutet, während er Milliardären und der finanzstarken Oberschicht Steuerprivilegien gewährt.

Das Portemonnaie zählt

Wer es daher ernst meint mit der Verteidigung der Demokratie, fordert zuallererst eine soziale Wirtschaftspolitik, die mit einer Rückverteilung von oben nach unten, einem gerechten Steuersystem und einer Diszipli-

nierung der Konzerne dafür sorgt, dass den Leuten mit normalem Einkommen am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche bleibt, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen, die Grosseltern eine anständige Rente haben und der Staat da ist, wenn man ihn braucht. Eine solche Politik brächte das Grundvertrauen und den Zukunftsglauben zurück, die der Neoliberalismus zerstört hat, und wäre die dringend benötigte kraftvolle Antwort auf den Faschismus.

Joe Biden, wohl der beste US-Präsident der jüngeren Zeit, hatte das erkannt: Er brach mit der Marktgläubigkeit und lancierte eine keynesianische Wirtschaftspolitik mit Milliardeninvestitionen in Infrastruktur und Klimaschutz sowie der Förderung der Mittelschicht. Doch sein Pech war, dass er zu spät kam und Präsident einer Nation war, die durch den Faschismus und den Kulturkampf der radikalisierten Republikaner demokratiepolitisch und intellektuell bereits zu stark vergiftet und zerrüttet worden ist.

Die «Fünfte Kolonne» in Europa

Dasselbe Schicksal droht auch Europa. Trumps rechtsextreme «Fünfte Kolonne» marschiert bedrohlich voran, angeführt von Orbán, Meloni, Kickl, Weidel, Wilders, Le Pen und Farage. Sie säen Zwietracht, spalten die Gesellschaft und ködern eine gebeutelte Mittel- und Unterschicht mit dem Versprechen von nationaler Grösse, während sie hinter den Kulissen mit Konzernen, Geldadel und einflussreichen Eliten paktieren – ganz so, wie es der Faschismus schon vor 80 Jahren tat.

Noch stemmt sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung gegen den Rückfall in eine dunkle Zukunft. Dass die soziale Gerechtigkeit dabei eine wirksame Waffe ist, belegt nicht zuletzt die stockbürgerliche Schweiz: In der jüngsten Zeit gelang es, mit Initiativen zur Gesundheitsversorgung, zum Lohnschutz und zur Altersvorsorge sowie mit Referenden gegen den Abbau von Renten und Mieterschutz breite Unterstützung für Elemente einer sozialen Wirtschaftspolitik zu gewinnen – und dies trotz des Widerstands eines immer aggressiver agierenden rechten Mehrheitsblocks aus SVP und FDP.

Doch die Zeit drängt: Das Tor zur Hölle wird sich in Europa nur dann nicht weiter öffnen, wenn die Linke sich nicht in fruchtlosen Kulturkämpfen verstricken lässt und wenn in der demokratischen Mitte endlich die Erkenntnis reift, dass die Politik nicht danach zu fragen hat, was Konzerne, Lobbygruppen und Superreiche wollen, sondern einzig, was dem realen Wohl der breiten Bevölkerung und ihrem Wunsch nach einem normalen Leben in Würde und in materieller Sicherheit dient.

Das ist die simple Wahrheit: Entweder erhalten die Enttäuschten und Verlierer des Neoliberalismus in den westlichen Ländern wieder einen grösseren Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand – oder sie werden endgültig zum Fussvolk des Faschismus.

Zusammen mit Netanjahu sagt Trump, dass die Palästinenser im Gazastreifen «permanent» entfernt werden sollten. Der Präsident sagte, die Palästinenser könnten aufgrund der Verwüstung durch die von den USA unterstützte israelische Bombenkampagne nicht länger in Gaza leben

Dave DeCamp

An der Seite des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu sagte Präsident Trump im Weissen Haus, die Palästinenser sollten «permanent» aus dem Gazastreifen ausgesiedelt werden.

«Wenn man sich die Jahrzehnte ansieht, gibt es nur Tod in Gaza. Das geschieht schon seit Jahren, es ist alles Tod. Wenn wir ein wunderschönes Gebiet bekommen können, um die Menschen dauerhaft in schöne Häuser umzusiedeln, wo sie glücklich sein können und nicht erschossen werden», sagte Trump vor Reportern.

Trump's wiederholte Aufrufe, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu «säubern», haben Befürchtungen geweckt, dass die USA die ethnische Säuberung des Gebiets unterstützen könnten, was für die israelische Regierung das ideale Ergebnis wäre. Trotz des heftigen Widerstands Ägyptens, Jordaniens und anderer arabischer Staaten hat Trump diese Idee immer wieder aufgegriffen.

Trump sagte im Weissen Haus, er glaube, dass Palästinenser in Gebiete umgesiedelt werden können, «in denen die Führer derzeit nein sagen». Er sagte, die Palästinenser könnten dort nicht mehr leben, unter anderem wegen der Zerstörung durch die von den USA unterstützte israelische Bombenkampagne und der Gefahr durch nicht explodierte Sprengkörper.

Der Präsident sagte wiederholt, dass die Bedingungen in Gaza «wie die Hölle» seien, eine Folge der israelischen Blockade, die 2007 über den Gazastreifen verhängt worden war. «Ich glaube nicht, dass die Menschen zurück nach Gaza gehen sollten. Ich denke, Gaza hat ihnen sehr viel Pech gebracht. Sie haben wie in der Hölle gelebt, sie haben wie in der Hölle gelebt. Gaza ist kein Ort, an dem die Menschen leben sollten.

Und der einzige Grund, warum sie zurückkehren wollen, und davon bin ich fest überzeugt, ist, dass sie keine Alternative haben», sagte er.

Auf die Frage, ob die Palästinenser das Recht hätten, in den Gazastreifen zurückzukehren, antwortete Trump: «Ich hoffe, dass wir etwas wirklich Schönes, wirklich Gutes tun können, damit sie nicht zurückkehren wollen. Warum sollten sie zurückkehren wollen? Dieser Ort war die Hölle.»

Israelische Politiker haben Trumps Idee begrüsst, die unter jüdischen Israelis eine überwältigende Unterstützung findet, und bezeichnen die ethnische Säuberung als «freiwillige Migration». Da Israel den Gazastreifen unbewohnbar gemacht hat, haben Palästinenser, die nicht gehen wollen, möglicherweise keine andere Wahl, als zu gehen, um zu überleben, wenn sie die Möglichkeit haben. Nicht nur die meisten Wohnhäuser im Gazastreifen sind zerstört, auch die Infrastruktur ist total kaputt.

Unabhängig von der Lebenssituation in Gaza würde ein Abzug der palästinensischen Bevölkerung auf erheblichen Widerstand seitens der Hamas stossen, die nach Angaben des US-Geheimdienstes die Kämpfer ersetzt hat, die sie bei den israelischen Angriffen verloren hat. Ein Hamas-Funktionär sagte am Dienstag, Trumps Vorschlag sei ein «Rezept für Chaos» in der Region.

«Unser Volk im Gaza-Streifen wird diese Pläne nicht zulassen. Was wir brauchen, ist ein Ende der Besatzung und der Aggression gegen unser Volk, nicht die Vertreibung aus unserem Land», sagte Hamas-Funktionär Sami Abu Zuhri laut «Al Jazeera».

Trump und Netanjahu trafen sich inmitten des brüchigen Waffenstillstands im Gazastreifen, und es besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass der Völkermord wieder aufgenommen wird, da der israelische Staatschef Berichten zufolge die Unterstützung der USA sucht, um die zweite Phase des Abkommens nicht umsetzen zu müssen. Netanjahu sagte, zu seinen Kriegszielen gehöre nach wie vor die Vernichtung der Hamas, was unmöglich wäre, wenn die Waffenruhe vollständig umgesetzt würde.

erschienen am 4. Februar 2025 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_02_05_zusammenmit.htm

Betreutes Demonstrieren Rechte Koalition für Demos gegen Rechts

Autor: Uli Gellermann/Datum: 03.02.2025

Es hat eine gewisse Komik: Die Demos gegen «Rechts» finden in den Mehrheitsmedien und den Regierungskreis-Sprechern eine total positive Resonanz. Diese Einheitsfront kannte man zuletzt während des Corona-Regimes, die auch von einer überwältigenden öffentlichen Einheitsmeinung bestimmt war. Und diese Einheitsmeinung diffamierte die vielstimmige Opposition unisono auch als «Rechts».

«Campact» für Corona-Regime

Die öffentlich bekannte Zentral-Organisation der Demos ist der Verein «Campact». Von diesem Verein ist bekannt, dass er während der Fake-Pandemie seine 2,3 Millionen Unterstützer per Mail dazu aufrief, sich nur ja nicht an den Protesten gegen die damaligen Coronamassnahmen zu beteiligen. So wie «Campact» sich heftig für die amtlichen Einschränkungen der Demokratie engagierte, kämpfte der Verein auch für die nicht validierten, gefährlichen Spritzstoffe.

Corona-Betrüger immer noch an der Macht

Das Budget der dubiosen Organisation betrug 2011 rund zwei Millionen Euro aus Spenden und Förderbeiträgen, 2018 verfügte die Organisation über einen Etat von 10,1 Mio. Euro. Die Regierungsmedienmacht auf ihrer Seite lässt sich nur in Milliarden beziffern. Zu den halbwegs bekannten Spendern für «Campact» gehört die DGB/SPD-Stiftung Hans-Böckler. Zu den aktuellen Unterstützern der Demonstrationen gehören also wesentlich Gruppierungen und Medien einer übergrossen Parlamentskoalition, die seit Jahrzehnten das Land beherrscht und die spätestens seit der Veröffentlichung der RKI-Files, die den riesigen Corona-Betrug entlarvt hat, hätte kollektiv zurücktreten und sich entschuldigen müssen.

Was ist Rechts, was ist Links?

Die deutsche Nazi-Vergangenheit eignet sich bestens für Rechts-Links-Tricksereien. Redliche Bürger haben die Nazis in ihrem politischen Bewusstsein gespeichert und daher eine allergische Reaktion, wenn ihnen von «Rechten» erzählt wird. Aber jene Mehrheit, die zur Zeit das Land beherrscht, ist selbst «Rechts»: Die Herrschenden sind für Waffenlieferungen in einen NATO-Krieg, die Herrschenden begünstigen die Reichen gegen die Armen, die Herrschenden haben die Corona-Pharma-Diktatur gegen die Gesundheit der Bevölkerung unterstützt. Das ist eindeutig «Rechts». Aber, abgesehen von der CDU und den ihr nahestehenden Apparaten, sie alle firmieren als «Links». Doch eine linke Haltung war und ist gegen die NATO und ihre Kriege; Links ist sozial, gegen die Konzerne. Links ist gegen die Macht der Medienmaschinen. Das alles trifft weder

auf die GRÜNE-SPD-Koalition zu noch auf die gefügigen Massenmedien, ohne die jene Koalition schon länger zu Ende gewesen wäre.

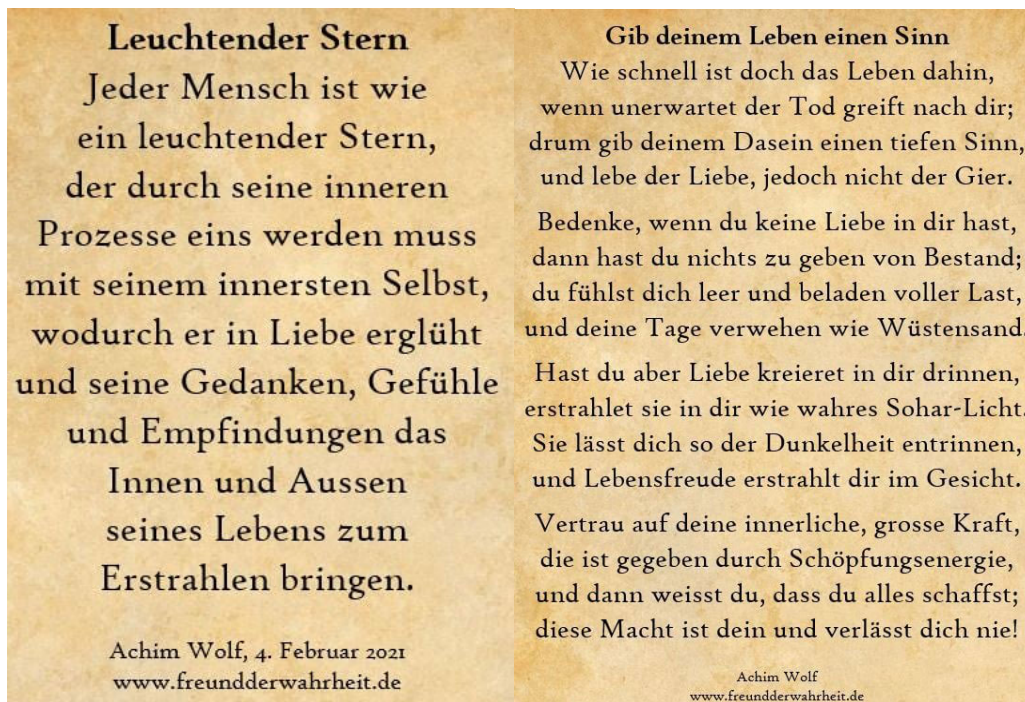
Krieg gegen Russland – Ende Deutschlands

Offiziell soll im wesentlichen die AfD mit dieser Kampagne gegen Rechts getroffen werden. Die arme AfD, wo sie sich doch auch brav zur NATO und zum Kapitalismus bekennt. Das hilft ihr nichts, in der Corona-Kampagne war sie nicht exakt auf Kurs! Doch viel wichtiger als die AfD ist eine kriegsunwillige Bevölkerung: Gut die Hälfte der Deutschen ist gegen die Waffenlieferungen in die Ukraine. Aber wer Krieg will, der braucht ein komplett williges Volk. Eine solch geringe Kriegsbereitschaft schreit geradezu nach Formierung – dazu ist ein behaupteter Kampf gegen Rechts unbedingt nützlich. Können doch die Vorreiter einer solcher Kampagne nur reinen Herzens sein, und wer reinen Herzens ist, dessen Anliegen ist immer redlich, auch wenn ein Krieg gegen Russland das Ende Deutschlands herbeiführen würde.

Wählerstimmen für die Urne

Statt einer Brandmauer gegen die Kriegsgefahr ist landauf landab von einer Brandmauer gegen die AfD die Rede. Dieses wohlfeile Geschwätz lenkt von der latenten Kriegsgefahr ab und spült dem herrschenden Parteien-Block Wählerstimmen in die Urne. Leichtfertig wurde und wird die Erinnerung an den Holocaust für tagespolitische Vorteile verschlissen. Ein banalisiertes «Nie wieder» wird in die Medienwelt geschrien, ohne daran zu erinnern, dass die entscheidende Lehre aus dem Ende der Nazi-Zeit und der Niederlage Deutschlands eindeutig hiess «Nie wieder Krieg!» Um diese Fälschung des historischen Erbes mehrheitsfähig zu machen, fördern die Herrschenden betreute Demonstrationen, organisieren sie sich Zustimmungen auf der Strasse, um ihrer demokratischen Fassade ein bombensicheres Alibi zu geben. Das rettet natürlich nur die Fassade, keine Menschen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/betreutes-demonstrieren>



Claudia56

Kampf gegen Rechts macht doch nur noch mehr Vertrauensverlust in die politischen Institutionen

15.02.2025, 14:16

Mein erster Vertrauensverlust in unsere Parteien und deren Politik war definitiv 2015, als Heerscharen von Migranten einfach so über unsere Felder und Acker liefen und unsere Turnhallen besetzten. Dieser Anblick hat in mir einen riesigen Schrecken «meine Heimat wird überrannt» und danach einen Widerstand ausgelöst, «was kostet das alles und wo soll das hinführen».

Da aber keine der etablierten Parteien sich für die Ängste und Sorgen der eigenen Bevölkerung verantwortlich sah, sondern nur noch diese Leute beschimpfte, hat das einen riesigen Knacks im Vertrauen zu unseren Parteien gegeben.

Dann kam Corona, da habe ich am Anfang ja auch alles noch für richtig empfunden und mich auch daran gehalten, bis zu dem Tag, wo ich merkte, jetzt wird mit diesen Massnahmen nicht mehr das Virus bekämpft sondern die, die nicht mitmachen wollen. Da gab es dann Massnahmen dass diese Leute, die man Querdenker nannte, von allen ausgeschlossen werden.

Da ging es dann auch gegen alles was für mich wichtige Werte sind. Denn der Ausschluss von Menschen ist für mich nicht teilbar, in solche, die man davor schützen muss und solchen, die man selbst ausschliessen will. Entweder ich gebe allen Menschen (völlig unabhängig ob ich die leiden kann oder nicht) gleiche Rechte oder ich lass es sein. Das gilt auch bei Corona, auch da muss man den Leuten, die dieser Pandemie kritisch gegenüber standen die gleichen Rechte gewähren.

Jetzt haben wir einen Kampf gegen Rechts. Da wird sogar von unserem Bundespräsidenten dazu aufgerufen, einen Krieg gegen die «Andersdenkenden» zu führen. Unser Bundespräsident ist eigentlich der Bundespräsident aller Deutschen, auch von denen, die er nicht leiden kann, eben auch dieser Andersdenkenden. Das zerstört mein Vertrauen in die unabhängigen Institutionen unseres Landes.

Da darf man also in einer Demokratie keine andere Meinung mehr haben, obwohl ja gerade unser Grundgesetz vorschreibt, diese andere Meinung zu schützen. Aber nein, hier wird man mit einer anderen Meinung zu den Aussätzigen gezählt, die dann als Freiwild gelten. Damit kann man keine Spaltung beheben sondern man forciert sie. Also ist alles von dem «wir wollen die Spaltung der Gesellschaft verhindern», gelogen.

Das was da jetzt bei uns passiert, dass es anscheinend zwei Sorten Menschen in Deutschland gibt, die, die die woke links-grüne Meinung teilen und die, die das nicht teilen, und je nachdem bekommt man Rechte oder nicht, ist einer Demokratie nicht würdig.

Genauso wie das Teilen der Stimmen beim Abstimmen im Bundestag in die Stimmen, die dafür stimmen dürfen und die, die da nicht zustimmen dürfen, weil dann das Gesetz nicht gelten darf. Das ist weit entfernt von demokratischen Regeln, dass die Stimmen verschiedener Parteien unterschiedlich gewertet werden.

Weil sie sich immer auf unser Grundgesetz berufen, welches sie schützen müssen, hier noch mal genau der Teil, den sie ständig missachten:

Grundrechte

Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Man beachte den Teil: «Niemand darf wegen politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.»

Jetzt ist wieder Wahlkampf und sie wollen die Bürger zurückgewinnen, weil sie deren Stimmen brauchen. Aber wie soll denn das noch gehen? Erst beschimpft man die Andersdenkenden und jetzt umwirbt man sie.

Kann man ihnen noch glauben, dass sie die Werte «gleiche Rechte für alle» schützen wollen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie die Meinungsfreiheit als demokratisches Mittel anerkennen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie keine Spaltung der Gesellschaft wollen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie alles zum Wohl ihres Volkes und zwar des gesamten Volkes machen wollen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie alles tun, um den Wohlstand ihrer Bürger zu erhalten?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie alles tun um unsere Wirtschaft wieder flott zu bekommen?

Kann man noch glauben, dass sie in einer neuen Pandemie an die Gesundheit ihre Bürger denken und dies nicht mehr als Kampf gegen Andersdenkende ausnützen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie jetzt die illegale Massenmigration bekämpfen wollen?

Kann man ihnen noch glauben, dass sie die Ausreise der Bürger, die hier Straftaten begehen in Angriff nehmen?

Wer jetzt die ganzen Wahlkampfversprechen glaubt, der glaubt wohl auch an den Weihnachtsmann. Man muss sich immer über einen längeren Zeitraum ein Bild von den Parteien machen und nicht nur die 6 Wochen Wahlkampf. Wahlkampf ist Märchenstunde.

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56/kampf-gegen-rechts-macht-doch-nur-noch-mehr-vertrauensverlust-in-die-politischen-institutionen-88827>

DER VERLEGER HAT DAS WORT

Kleine Gernegrosse

Mit dem Alter kommt man zur weisen Einsicht: «Es gibt nichts Neues unter der Sonne, stets schon ist es dagewesen.» Das gilt auch für die Europapolitik der Schweiz. Seit dem Ende des Kalten Krieges – 1989 – drängen die Politiker wie verängstigte Hühner unter den angeblichen Schutz und Schirm von internationalen Gebilden. Alle noch so kleinen Figuren spüren Aufbruchstimmung und Größenwahn. Das Bewährte zählt nicht mehr.

Fast alle, die Rang und Namen haben – kurz: die *classe politique* –, seien es Bundesräte, Parlamentarier, die ganze Bundesverwaltung und das Verteidigungsdepartement zieht es fast magisch in die NATO, die UNO und die EU. Die schweizerische Unabhängigkeit, die Volkssouveränität, unsere Neutralität, die direkte Demokratie missachten sie. Warum? So kann man sich vom lästigen Schweizer Volk im Nacken befreien. Es passt der *classe politique* nicht, dass das Schweizer Volk die Macht hat, denn die Volkssouveränität diszipliniert die Verwaltung und die Politiker.

Es stört die *classe politique*, dass das Volk der Souverän ist. Aber genau das

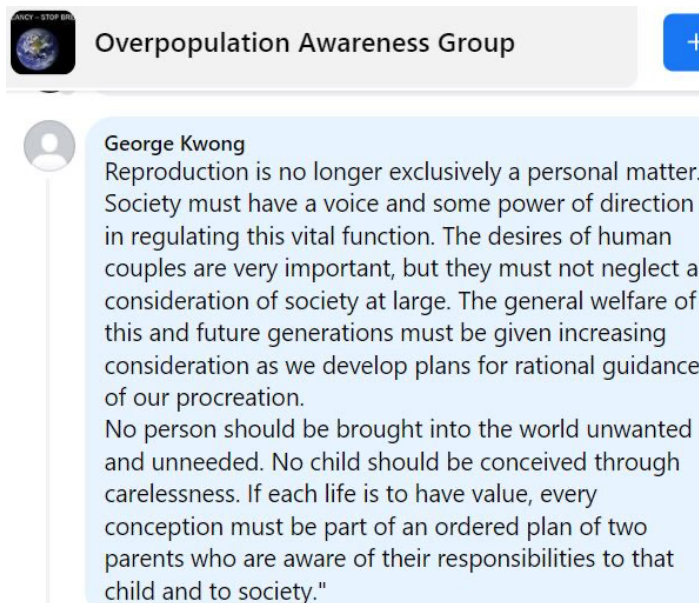


ist die Stärke der Schweiz, darum soll das so bleiben. Unbegreiflicherweise streben Bundesrat und mit Sicherheit auch das Parlament wieder einmal in die serbelnde EU. Einmal lockt man mit der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), dann wieder mit einem Rahmenvertrag oder gänzlich verlogen: mit «Bilateralen III». Doch gemeinsam ist allen Begriffen: Es gilt, die Schweiz zu einer Kolonie der EU zu machen, um sie schliesslich in die EU zu führen. Unsere eigenen gewählten Politiker geben die freie, prosperierende und souveräne Schweiz auf, um ihre eigene Bedeutung zu steigern. Auch heute wieder – alles wiederholt sich.

E gfreuti Wuche.

Christoph Blocher

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören

nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

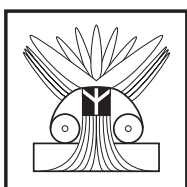


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunenform, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrunenform fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrunenform an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol zu umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachs-

tum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

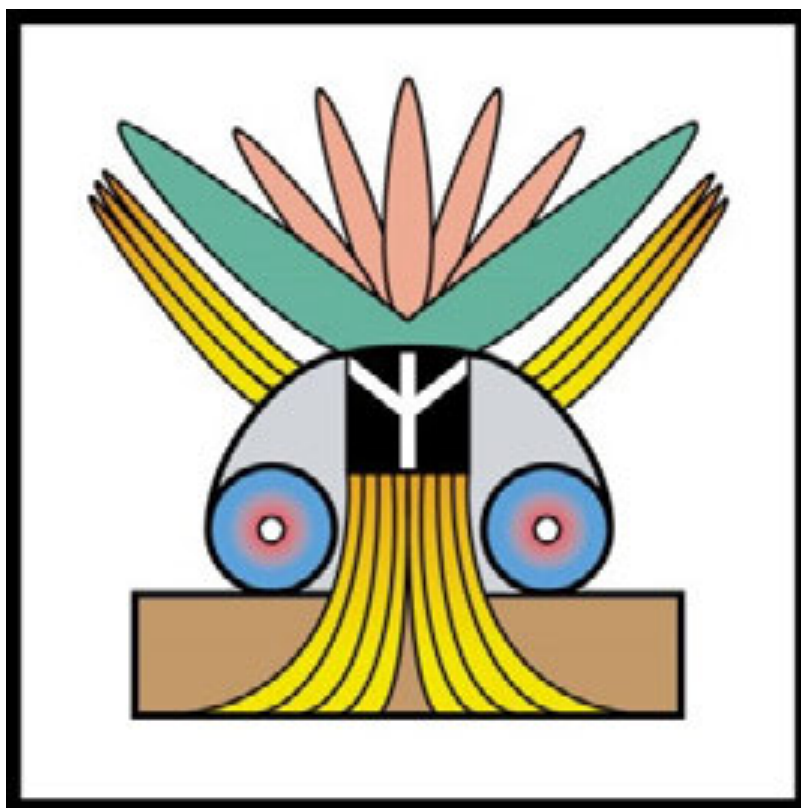
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrunne,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ



EIPHNH
VREDE
平和
שׁוּלוֹם
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

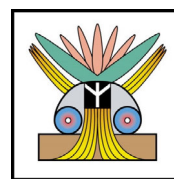
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleeber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslefire Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz